

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 5,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Beitragungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Bedingungen**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Insetats für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

**Korrespondenz:** Amt I, Nr. 1508.  
**Telegraphen-Adresse:**  
 „Socialdemokrat Berlin“

**Redaktion:** SW. 19, Benthj-Strasse 2.  
**Korrespondenz:** Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 7. Dezember 1900.

**Expedition:** SW. 19, Benthj-Strasse 3.  
**Korrespondenz:** Amt I, Nr. 5121.

### Die Wahlen in Württemberg.

Die am Mittwoch vollzogenen Landtagswahlen in Württemberg brachten unseren Parteigenossen einen sehr beachtenswerten Erfolg. Nach den Meldungen des Wollfischen Bureau, ist das Endergebnis folgendes:

Gewählt sind 37 Abgeordnete, davon 16 Centrum, 8 Volkspartei, 5 deutsche Partei, 4 Konservative und Bund der Landwirte, 2 Wille, 2 Sozialisten; 33 Stichwahlen sind erforderlich. In die Stichwahl kommen von der Volkspartei 23, von der Deutschen Partei 19, von den Sozialisten 10, von den Konservativen und vom Bund der Landwirte 8, vom Centrum 6 Kandidaten. Der frühere Ministerpräsident Freiherr v. Mittnacht kommt in die Stichwahl mit seinem Fraktionsgenossen Spiege, wobei das Centrum den Ausschlag giebt. In zwei Bezirken findet Stichwahl zwischen Centrums-Kandidaten statt.

Dem vorigen Landtag gehörten an: 31 Volkspartei, 18 Centrum, 11 Deutsche Partei (Nationalliberale), 4 Landespartei (Mischmasch), 1 Socialdemokrat, 1 Konservativer und 4 Parteilose.

Bei den letzten Wahlen (1895) errangen wir anfangs 2 Sitze, nämlich Stuttgart-Stadt und Canstatt. Beide Mandate wurden in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen mit Hilfe der Volkspartei erobert. Der Vertreter für Canstatt, Genosse Glaser, starb bald darauf, und in der Nachwahl fiel das Mandat wieder an die Nationalliberalen zurück. Es bedeutet somit schon einen bedeutenden Sieg, daß Canstatt diesmal im ersten Wahlgange zurückerobert wurde. Das zweite, diesmal im ersten Wahlgange eroberte Mandat, Stuttgart-Land, gehörte bisher der Volkspartei, die es 1895 in der Stichwahl gegen uns mit Hilfe der Nationalliberalen eroberte. Das Mandat des Genossen Aloh für Stuttgart-Stadt, das wir wiederum in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen zu verteidigen haben, ist uns so gut wie sicher; stehen doch unter 11 026 Stimmen nur 11 355 gegnerische gegenüber, unter denen sich über 2000 volksparteiliche befinden. Auch darin offenbart sich ein bedeutender Fortschritt unserer Partei. Im Jahre 1895 erreichte Aloh im ersten Wahlgange nur 7815 Stimmen gegen 9836 gegnerische. Somit läßt sich heute schon mit Gewißheit sagen, daß wir im neuen Landtag über mindestens 3 Sitze gegen bisher 1 verfügen werden.

Außerdem sind wir aber noch an 9 Stichwahlen beteiligt, während wir 1895 unter Ausschreibung von Stuttgart-Stadt nur an 4 Stichwahlen beteiligt waren. So weit die Kreise, in denen das der Fall ist, schon genauer bekannt sind, haben wir da in drei Fällen mit der Volkspartei und in vier Fällen mit den Nationalliberalen zu kämpfen; in zwei Fällen fehlen uns die Angaben. Soweit sich das von hier aus beurteilen läßt, haben wir in den Kreisen, in denen wir mit der Volkspartei in Stichwahl stehen, die geringsten Aussichten, während man die übrigen Kreise, wo die Volkspartei den Ausschlag zu geben hat, als etwas glücklicher für uns betrachten darf. Es ist daher wohl möglich, daß wir auch in der Stichwahl noch das eine oder andere Mandat erobert.

Allerdings darf man auf die Volkspartei nicht übergroße Hoffnungen setzen; sie hat sich vielfach als ebenso unzuverlässig erwiesen, wie unsere Freisinnigen. Dazu kommt, daß die Volkspartei diesmal ganz besonders verhasst sein dürfte, denn sie ist es vor allen Dingen, die unsre Feste zu zahlen hat. Sowohl der von uns eroberte Kreis Stuttgart-Land wie auch sechs der Kreise, in denen wir in Stichwahl stehen, waren bisher volksparteilicher Besitzstand. Es sind das die Kreise Ludwigsburg-Land, Göppingen, Tuttlingen, Heidenheim, Heilbronn-Land und Balingen. Davon hatte die Volkspartei den ersten und den letzten 1895 im ersten Wahlgange erobert und die andern in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen. In Göppingen und Heidenheim hatte sie dabei den Sieg lediglich den socialdemokratischen Stimmen zu verdanken, während in Tuttlingen das Centrum den Ausschlag gab und in Heilbronn Centrum und Socialdemokratie zusammen der Volkspartei zum Siege verhalfen. Ganz verdrängt sind nun die Volksparteiler aus ihren bisherigen Sitzen Ludwigsburg Land, Göppingen und Heilbronn Land. Der Kreis Göppingen dürfte demnach in ganz besonderem Maße zum Prüfstein für die politische Einsicht der Volkspartei werden.

Das Centrum wird seinen Besitzstand mindestens erhalten. Es hat 16 Mandate im ersten Wahlgange behauptet und steht in 6 Stichwahlen, wobei in 2 Fällen Centrumslandkandidaten gegenüber stehen. Damit sind ihm 18 Mandate, soviel wie es bisher besaß, unbedingt sicher. Auch 1895 hat es 18 Mandate im ersten Wahlgange erobert und war ebenso wie diesmal an sechs Stichwahlen beteiligt. Das ist eine außerordentlich beachtenswerte Erscheinung. War es doch gerade das Centrum, an dessen Verhalten die Verfassungskrisis gescheitert ist.

Die Verfassungskrisis spielt in den politischen Kämpfen Württembergs seit Jahren eine hervorragende Rolle. Es handelt sich dabei namentlich um eine Modernisierung des württembergischen Parlaments. So vollstänmig auch das Wahlrecht zum württembergischen Landtage ist — im Verhältnis zu den sonstigen deutschen Landtagswahlen — so altertümlich ist doch die Zusammensetzung des Parlaments. Denn nicht allein, daß der zweiten Kammer eine erste Ständeherrnen-Kammer gegenübersteht, sitzen in der zweiten Kammer neben den 70 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten noch 23 Privilegierte (Ständeherrnen und geistliche Würdenträger), die wie ein Bleigewicht jeden Fortschritt hindern. Die Wahlen von 1895 hatten nun ein entschiedenes Volksvotum für die Verfassungskrisis ergeben. Die Regierung hatte dem Volkswillen bis zu einem gewissen Grad Rechnung getragen, sie hatte einen Gesetzesentwurf zur Verfassungsänderung vor-

gelegt und es herrschte bereits so ziemlich Einigkeit zwischen Regierung und Parlamentarier, daß die Privilegierten aus der zweiten Kammer beseitigt und auch sonstige Reformen durchgeführt werden sollten. Da fiel das Centrum um. Aus reinen kirchlich-konfessionellen Gründen verweigerte es seine Zustimmung zu der Reform und da nun die zur Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht mehr vorhanden war, blieb alles beim alten. Das Centrum unter Führung Gröbers trägt die Schuld daran, daß die Entwicklung der württembergischen Gesetzgebung in fortschrittlicher Richtung immer wieder durch das Bleigewicht der ständeherrlichen Privilegien verhindert wird. Es scheint ihm bei seinen ober-schwäbischen Wählern noch nichts geschadet zu haben. Hier steht der politischen Aufklärungsarbeit noch ein weites Feld offen.

In den Stärkeverhältnissen der Parteien im Landtag wird also wenig geändert werden und die innere Politik Württembergs dürfte zunächst auf dem toten Punkte stehen bleiben, auf dem sie gegenwärtig angelangt ist. Das Wahlergebnis ist aber trotzdem ein sehr erfreuliches. Die „Frankfurter Zeitung“ konstatiert bereits ein tiefes Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen im ganzen Lande, und das ist nicht bloß auf das Konto der inneren Verhältnisse Württembergs zu setzen. Ist doch gerade in den das Land gegenwärtig bewegenden wichtigsten innerpolitischen Fragen auch die Volkspartei zu weitgehenden Reformen geneigt. Die allgemeine Politik des Reichs, der Weltmacht-Russ, die Inflation- und Trübsal-Verhältnisse der Reichsregierung haben in dem Wahlkampfe gleichfalls eine wesentliche Rolle gespielt und dieser Politik ist ihr Urteil mitgeteilt durch das Wahlergebnis, daß die Socialdemokratie, die einzige ernsthaft principielle Gegnerin der Weltmachtspolitik, in entschiedenem Vordringen zeigt. Wenn erst die Gesamtstimmengahlen bekannt sein werden, wird sich zeigen, daß die Socialdemokratie die alleinige Siegerin in diesem Kampfe ist.

### Der Keim der Kolonialarmee.

In der Donnerstagssitzung der Budgetkommission feierte die Schinoposition des Centrums und der Liberalen wahrhafte Oeglen. Herr Lieber und Herr Gröber werteten mit Herrn Richter, kaum die laut rührende Redeflüsse durch dröhnende Worte und scheinadiale Anträge als wirkliche Thesen konstitutioneller Mannhaftigkeit wider die verfassungsbrechige Regierung auszusprechen.

Man tritt zunächst den Zusatz zu dem fünf Titeln des China-Etats, der die gegenseitige Deckung dieser Titel forderte. Durch Verwilligung dieser Forderung hätte die Regierung bequem Ueberflüsse, die aus einem der Titel scheiden können, zu irgend welchen andern Zwecken verwenden können, ohne das Parlament zu befragen. Die Erhebung einer solchen Forderung beweist, daß die Regierung die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien die Regierung ermuntert hat. Und die Weisheit dieser Parteien hinwiederum ist so weit gediehen, daß sie in der Abweisung jener Zustimmung bereits im Hochgefühl konstitutioneller Pflichterfüllung schwelgen zu dürfen glauben.

Den Hauptgegenstand der Beratungen der Kommission bildete die Frage der für China neugebildeten Heeresformationen. Herr Dr. Lieber erhob sich zu einer Strafpredigt gegen das Verhalten der Regierung in dieser Frage, die bei den Nichtemern der Centrumszweidrittelmehrheit den Eindruck hätte bewirken können, als sollte ernsthafter Widerspruch gemacht werden. Dr. Lieber stellte in fast feierlicher Rede mehrfache Verfassungs-widrigkeiten fest: Die Formierung einer deutschen Armee widerspricht dem Rountingenscharakter des Heeres; eine Unter-Armee von Freiwilligen widerspricht dem Princip der allgemeinen Wehrpflicht und der gesetzlich festgelegten Präsenzstärke des Heeres; die Regierung könnte, wenn demnächst ihr nachgesehen würde, schließlich auch eine 5 und 10 mal so starke „Freiwilligen“-Armee ohne Verwilligung des Parlaments aufstellen. Der Centrumsredner erhob sich zu der Anklage der Mißhandlung des Reichstags durch die Regierung. Nicht minder grimmig zog Herr Richter vom Leder: Das wäre nicht genügen, wenn der Kanzler sage, es solle so etwas nicht wieder vorkommen; es müsse Sicherung gegen die Wiederholung solcher Vorkommnisse geschaffen werden.

Doch auf welche Weise haben die streitbaren Herren ihre tapferen Ankündigungen durch Thaten zu erfüllen versucht? Herr Richter wiederholte die Indemnitätskomödie. Nicht nur für die Veranlagung der Indemnität, nein auch die ungeheuerlichen Heeresformationen müssen gesühnt werden durch Indemnitätserteilung. Da aber der Reichskanzler diese Indemnität nicht erteilen hat, so schlug Herr Richter vor, sie ihm von Reichstags wegen anzutragen. Die Wiederholung der Indemnitätsformel, deren Wichtigkeit der bayrische Vundestats-Bevollmächtigte so offenherzig zugestanden hat, — das ist der Erfolg der bürgerlichen Parteien gegenüber der absolutistischen Aufstellung der verfassungswidrigen China-Armee. Die Größe dieses Verdienstes des Centrums und der Liberalen ist zu ermessen an der Thatsache, daß die konservativen Feinde der Volksgerechtfame Seite an Seite mit ihnen jene „Sicherung der parlamentarischen Rechte“ betrieben. Genosse Weber hat in einer schneidenden Polemik die Jämmerlichkeit dieser bürgerlichen Opposition gebrandmarkt.

Nun hat allerdings Herr Richter sich weiterhin bemüht, wenigstens die Auflösung der ungeheuerlichen China-Formationen zu sichern und ihre dauernde Beibehaltung zu hindern. Herr Richter sprach die Befürchtung aus, daß aus der China-Armee eine Kolonialarmee erwachsen könnte. Aber gerade die Politik des Abg. Richter erzeugt mit Notwendigkeit die Folgen, die sie verhüten will. Wer sich auf den Boden der gegen-

wärtigen Chinapolitik der Regierung begiebt, wer die „Civilisierung“ Chinas vermittelt Militäraufgebots gewähren läßt, der kann sich schwerlich weiteren Konsequenzen verschließen. Schon hat die Regierung eine dauernd stärkere Besatzung in Peking sowie in andern chinesischen Städten und Häfen angeordnet. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien, die durch Indemnitätskomödien ihre verhängnisvolle Forderung der Weltpolitik vergeblich zu beschönigen versuchen, sind außer Stande, eine solche Entwicklung der Dinge irgendwie zu hindern. Wer Weltpolitik sagt, wer Verfassungswidrigkeiten des Chinazugs durch Indemnitäts Verzeihung zubiligt, der sagt auch Kolonial-armee.

Und die Regierung rechnet bereits stark mit der Schaffung der Kolonialarmee. Herr von Gohler lehnte trotz eindringlicher Fragen eine Erklärung ab, durch welche die Befürchtungen der Kolonialarmee hätten gemildert werden können. Er beruhigte vielmehr die ausführenden Fragen, indem er sie ersuchte, vorläufig nicht über die gegenwärtige Expedition hinauszudenken und das weitere der Zukunft zu überlassen. Die ausweichenden Bescheidungen des Kriegs-ministers sind für jeden, der Ohren hat zu hören, deutlichster Beweis, daß die Kolonialarmee im Engezug ist. Auch diese bittere Frucht der Weltpolitik wird der Chinazug zur Reife bringen.

Nachfolgend der Bericht aus der Budgetkommission: Es wird zunächst nochmals zurückgegriffen auf Titel IV „Pensionen, Witwen- und Waisengelder.“ Ein Reglerungsverreter teilt die Gesetze mit, die in Aussicht genommen worden sind, die aber vorläufig die Öffentlichkeit vorenthalten bleiben sollen. So soll ein besonderes Gesetz seitens der Regierung über die Pensionierung vorgelegt werden, vor dessen Erledigung der Nachtragsetat nicht endgültig verwilligt werden soll.

Beim Titel V „Kosten einer Medaille für Teilnehmer an der Expedition“ findet keine Diskussion statt. Die Abstimmung bleibt aber ausgefällt.

Sodann diskutierte die Kommission Antrag Richter VIIa: „Bestände und Restausgaben aus den für das Rechnungsjahr 1900 stimmten Mitteln sind über das Rechnungsjahr 1901 hinaus nicht zu übertragen; sofern späterhin noch Ausgaben und Aufwendungen im Jahre 1900 sich erübrigen, sind dieselben auf den Reichshaushalts-Etat zu bringen.“ Durch diesen Antrag will Abgeordneter Richter die Kontrolle über den Verbleib restierender Summen ermöglichen.

Abg. Dr. Lieber (C) regt an, daß die Bemerkung im Etat die vorstehenden Titel beden sich gegenseitig, die sich auf das laufende Jahr bezieht, gleichfalls beseitigt werden muß, sonst würde der Regierung geradezu eine Pauschalsumme zur Verfügung gestellt und es fehle dem Reichstag die Möglichkeit der Untersuchung, ob die einzelnen Posten wirklich für die einzelnen Ausgabezwecke verwendet worden sind. Dann könne man ja schließlich den gesamten Etat als Pauschalsumme bewilligen. Er stünne auch dem Richterischen Vorschlag der Rechnungs-verschärfung zu.

Staatssekretär Freiherr v. Thielmann wünscht, daß die gegenseitige Deckung zugelassen werde, weil die einzelnen Aufschläge unsicher seien.

Unterschatzsekretär des Reichshaushalts v. Rosenborn will nachweisen, daß die Möglichkeit der Kontrolle dem Reichstag auch beim Verfahren der gegenseitigen Deckung verbleibe.

Abg. Dr. Bachem (C): Nachdem der Reichstag einmal be-schlossen seines Statuts beiderseitig bei seit gestellt worden ist, so haben wir jetzt allen Anlaß, unsere Rechte streng zu wahren. Durch die Streichung der Formel „der gegenseitigen Deckung“ erreichen wir, daß sofort ein Nachtragsetat eingebracht werden muß, sobald nur ein Titel überschritten werden soll. Es wird dann eine viel größere Sparsamkeit in den einzelnen Ressorts Platz greifen.

Die Formel „der gegenseitigen Deckung“ wird von der Kommission einstimmig gestrichen und der Antrag Richter VIIa angenommen.

Es kommen sodann folgende Anträge Richter zur Diskussion:

Antrag VIIb: Stellen im Expeditionscorps, in Heer und Marine, welche nicht zugleich im Reichshaushalts-Etat für den Friedensstand vorgesehen sind, dürfen nach Inkraft-treten dieses Gesetzes nur besetzt werden mit dem Vorbehalt, daß die betreffenden Personen nach Beendigung der Expedition in diejenigen Stellen und Bezüge einrücken, auf welche sie auch beim Verbleiben im Friedensstand Anspruch haben.

Antrag 2c: Die für die ostasiatische Expedition gebildeten Truppenteile sind nach Beendigung der chinesischen Wirren oder nach ihrer Rückkehr auf deutschen Boden aufzulösen, demnach, daß die ihrer allgemeinen Wehr-pflicht noch obliegenden Mannschaften und die Mannschaften des Beurlaubtenstands in die Heimat entlassen werden.

Die Offiziere, Unteroffiziere, Kapitulanten und Beamten der Expedition rücken nach Maßgabe der in den etatsmäßigen Stellen des Friedensstands der Armee und der Marine eintretenden Balancen in diese Stellen ein.

Antrag 2f: Für die Bildung von Truppenteilen, welche in dem Reichs-Militärgezei oder in dem Etat der Marineverwaltung nicht vorgesehen sind, bedarf es, abgesehen von der Ausführung des Mobilisationsplans, der vorherigen Zustimmung und des Bundesrats und des Reichstags, auch wenn diese Truppenteile zu überseeischer Verwendung bestimmt sind.

Abg. Richter (fröh. Wp.) rügt die Verlegung des Reichs-Militär-gesetzes und erklärt, daß eine besondere Indemnitätserteilung nötig sei. Ferner sei es nicht statthaft, den Offizieren, die in höhere Stellen gerückt seien, auch über die Dauer der Expedition hinaus höhere Kompetenzen zu bewilligen. Die betreffenden Herren müssen nach Beendigung der Expedition von den höheren Kompetenzen zurücktreten.

General v. Einem teilt mit, daß Avancements nur in ganz geringem Umfange vorgekommen seien, bei Auflösung des Expeditionscorps treten die Offiziere in vakante Stellen. Eine Aufschüpfung höherer Kompetenzen sei nicht gegeben worden. Der Antrag Richter zu 2f sei für die Militärverwaltung unannehmbar. Die Regierung



Konnte bei der Formierung des Expeditionscorps nicht anders verfahren, als sie in der damaligen Kotlage verfahren ist. Es haben sich damals 41 000 Mann als Freiwillige gemeldet.

Abg. Dr. Lieber (C.): Man hat sich in verantwortlichen Kreisen noch immer nicht vollständig klar gemacht, was es bedeutet, daß man die Heeresverwaltung zuzug, ohne gesetzlichen Rückhalt am Reichstag vorzugehen. Die Verfassung kenne nur die allgemeine Wehrpflicht und ein Kontingentsheer. Die Verträge mit Bayern und Württemberg wissen nichts von einer freiwilligen Armee. Jetzt wurde mit einem Mal eine kaiserliche, eine deutsche, eine freiwillige Armee gebildet. Das ist völlig wider die Verfassung. Man hat den Bundesrat nicht befragt und den Reichstag geradezu mißhandelt. Das erlaube ihm noch schwerer als die Nichtachtung des Budgetrechts des Reichstags. Es handelt sich um eine fundamentale Institution des Reichs. So könne man ja schließlich eine noch zehnmal größere freiwilligen-Armee schaffen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es genügt nicht, daß der Reichslanzler gesagt hat, wir wollen es nicht wieder thun. Es müssen Vorbeugungsmaßnahmen für die Zukunft getroffen werden in der Form einer Indemnitätserteilung auch bezüglich der Heeresformationen. Es besteht die Befürchtung, daß eine Kolonialarmee gebildet werden soll. Der Militärkonflikt der letzten Jahre ist gerade aus einem solchen Provisorium entstanden, wie wir ihn jetzt haben. Wir müssen verlangen, daß Klarheit geschaffen wird über die Auflösung des Expeditionscorps. Es darf nicht abgewartet werden, ob der Reichstag vielleicht einen Teil dieses Expeditionscorps zu irgend welchen weiteren Zwecken in Zukunft bewilligen wird.

Abg. Webel (Soz.): Die Bildung der chinesischen Heeresformationen bedeutet einen offenbaren Verfassungsbruch, wie er in moderner Zeit in keinem Staate vorgekommen ist. Wenn jetzt der Reichstag nicht in aller Entschiedenheit Stellung hiergegen nimmt, dann darf er sich nicht wundern, wenn auch später über ihn hinweggegangen werden wird in militärischen Dingen. Die Entlassung des Reichslanzlers ist bedeutungslos, denn sie sind nur für seine Person gültig und in keiner Weise für seine Nachfolger bindend. In früheren Fällen hat der Reichstag die Indemnität nicht der Regierung angetragen, sondern er hat erklärt: Wir bewilligen nicht, wenn die Regierung nicht einen Indemnitätsantrag selbst einbringt. Sie dürfen auch jetzt nicht aus Ihrer Mitte die Indemnität antragen, sondern der Reichslanzler muß durch Einbringung eines Indemnitätsantrags die Schuld der Regierung bekennen. Die ganze Frage der Reformationen wird noch jetzt von der Regierung wie eine Bagatelle behandelt. Die Regierung sagt kein Wort, daß die Reformationen aufhören sollen zu existieren, sobald der Krieg zu Ende ist.

Abg. Gröber (C.): Der Herr Abgeordnete Webel irrt sich insofern, als wiederholt der Reichstag die Indemnität von sich aus angetragen hat. Die Auflösung der chinesischen Truppenteile muß jetzt vorgeesehen werden. Vielleicht ist die Einrechnung dieser Truppenteile in die Friedenspräsenz vorzuschlagen; dann wird die Heeresverwaltung selbst schnell zur Auflösung der Reformationen gelangen.

Kriegsminister von Gossler: Auch wir haben nicht die Absicht, die Expedition ins Unermessliche auszuweiten. Wir wollen nur mit Ehren aus der Sache herauskommen. Wir dürfen unsere Truppen hier in Deutschland nicht schwächen und müßten deshalb zum freiwilligenverfahren greifen. Ich kann darüber nichts Näheres sagen, ob die Reformationen weiter bestehen sollen. Sie werden aufgelöst werden, sobald sie nicht gebraucht werden. Sollen sie bleiben, so wird natürlich der Reichstag befragt werden. Beschlüsse bezüglich einer Kolonialarmee liegen in keiner Weise vor. Ob sich einmal eine Kolonialarmee entwickeln wird, kann ich nicht sagen. Ich bitte Sie vorläufig, über diese Expedition hinaus nicht zu denken. Wir wollen jetzt nur dafür sorgen, daß der Friede gefördert wird, indem der Reichstag mit der Regierung Hand in Hand geht.

Abg. Dr. Baasche (nat.): Es ist ja bereits angekündigt, daß die Truppen in Peking und sonst als Besatzungen in China bleiben sollen. Darum müssen wir schon jetzt erklären, daß solche dauernden Besatzungen nur durch besonderes Gesetz geregelt werden können.

Abg. Richter (fr. Sp.) bringt einen Indemnitätsantrag bezüglich der Heeresformationen ein.

Abg. Dr. Lieber (C.): Der Appell des Kriegsministers an unsere Bewilligungseifer ist überflüssig; aber im Hurra geht es allerdings jetzt nicht mehr. Ich bedaure, daß der Reichslanzler bei diesen wichtigen Fragen nicht gegenwärtig ist. Wenn der Kriegsminister die chinesischen Reformationen als Kriegsformationen bezeichnet, die die oberste Kommandogewalt nach ihrem Erntessen bilden kann, so irrt er sich. Erstensmal handelt es sich um keinen Krieg; der Bundesrat hat einen solchen nicht beschlossen, ferner kennt die Verfassung Expeditionenformationen nicht als Prärogative der Kommandogewalt. Aber selbst die Kriegsformationen bauen sich unmittelbar auf auf den Friedensformationen und sind gesetzmäßig festgelegt. Hier handelt es sich um ganz neue und nirgendwo festgelegte fremdartige Reformationen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn nicht noch allerlei Projekte in der Luft lägen, so würde der Kriegsminister sich bezüglich der Kolonialarmee deutlich ausgedrückt haben. Im Militär-Wochenblatt hat die Agitation für die Kolonialarmee begonnen und wird jetzt von Offizieren in Versammlungen usw. fortgetrieben. Man ist sich nur noch nicht einig, wie man die Sache anfangen will. Wir bitten um Auskunft, ob auch Mannschaften des ersten Dienstjahres nach China geschickt worden sind.

Der Kriegsminister beantwortet diese Frage in bejahendem Sinne. Hier wurde die Beratung abgebrochen und auf Freitagvormittag 10 Uhr vertagt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

### Der Reichstag

setzte am Donnerstag die Debatte über die Kohlennot mit ungeschwächten Kräften fort, ohne sie zu Ende zu führen. Das Redebedürfnis, das noch über ein Duzend Wortmeldungen auf die Rednerliste für morgen gesetzt hat, entspricht dem reichlichen Gehalt der Verhandlungen sehr wenig. Die bürgerlichen Parteien sind in heller Ratlosigkeit, wie sie der Kohlentenerung, die die weitesten Volkskreise trifft und auswählt, steuern sollen. Entweder versuchen sie der Öffentlichkeit einzureden, es sei gar nicht so schlimm und die Kohlentenerung würde bald vorübergehen, oder sie brüten Specialmitteln aus, von denen sie von vornherein überzeugt sind, daß sie nicht angewandt werden oder die, selbst wenn sie angewandt würden, einer so allgemeinen Erscheinung gegenüber kläglich verfallen würden. Der einzige Gedanke, der wirkliche Abhilfe verspricht, wird von der Socialdemokratie vertreten: die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Voraussetzung dabei ist natürlich, daß eine scharfe öffentliche Kontrolle durch das Parlament die rein fiskalische Ausnutzung der Kohlenbergwerke verhindert und die gewerkschaftliche und politische Freiheit der Bergarbeiter garantiert. Dieser Gedanke wurde von unserem Genossen Sasse heute mit allem Nachdruck betont, gleichzeitig wiederholte er unsere alte Forderung nach einem Reichs-Vergesetz. Der Hauptteil seiner sachkundigen Rede war der Widerlegung der unsinnigen Angriffe gewidmet, die gegen die deutschen Bergarbeiter erhoben worden sind. Sie sollen faul sein, sie sollen durch hohe Löhne die Kohlentenerung hervorgerufen haben, sie sollen durch Streiks die Hauptschuld am

Kohlenmangel tragen. In der Hand der Thatsachen bewies er die Haltlosigkeit dieser Behauptungen. Die Jahresleistung des deutschen Bergmanns hat sich gesteigert, der sächsische Bergarbeitertrakt hat so gut wie gar keinen Einfluß auf die Produktion ausgeübt und die Löhne sind nur pfennigweise gestiegen. Dagegen sind die Verdienste der Beiden ins Maßlose gewachsen und das Kohlenhindert hat die Produktion künstlich zurückgehalten. Jetzt denkt es daran, seinen Mitgliedern Exportprämien zu gewähren, nur um die hohen Preise im Inland aufrecht erhalten zu können. Als Sache die Verdienste einzelner Aufsichtsräte angeben wollte und dabei Herrn v. Kardorff nannte, fiel ihm Graf Ballestrem mit der Bitte ins Wort, Privatverhältnisse von Abgeordneten nicht zu erörtern. Graf Ballestrem ist bekanntlich selbst einer der herborragendsten Grubentherden und der Gedanke, daß ihm sein Verdienst nachgerechnet werden könnte, mag ihm nicht besonders angenehm gewesen sein.

Die drei Redner, die aus dem Hause sonst noch zum Worte kamen, Herr Camp für die Freionierativen, Herr v. Czarlinski für die Polen und Herr Dr. Wachnide für die Freisinnige Vereinigung, vermochten nicht sonderlich mehr zu interessieren.

Herr Camp polemisierte in üblicher Weise gegen den socialdemokratischen Bergarbeiter-Verband, verteidigte die hohen Gewinne der Gruben, die er im Gegensatz zu dem Herrn Hilb zugab und nahm das Kohlenhindert im Gegensatz zum Grafen Ranitz in Schutz. Der socialistische Gedanke der Verstaatlichung des Bergbaus verzerrte sich bei ihm zur Auforderung an den Handelsminister, „zu recht hohen Preisen unter Beiseitestellung aller fiskalischen Gesichtspunkte Gruben im Ruhrrevier für den Staat zu erwerben.“ Das mag den Herren schon passen, in der Hochkonjunktur ihre Gruben an einen so zahlungsfähigen Käufer wie den preussischen Staat loszuschlagen. Nebenbei verlangt Herr Camp noch die Zulassung galizischer Arbeiter in Oberschlesien, ganz ähnlich wie die ober-schlesischen Agrarier nach billigen Aulis schreien, ohne sich durch nationale Bedenken, die sie sonst so gern in den Vordergrund stellen, davon abhalten zu lassen.

Herr Bressfeld war von dem Campschen Vorschläge offenbar nicht sehr entzückt und gab eine ausweichende Antwort.

Herr Dr. Wachnide warnte als Manchesterman vor allen socialdemokratischen Experimenten. Darunter rechnet er auch den Vorschlag des Grafen Ranitz, die Gewinne der Händler unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Die Kohlennot will er durch den harmlosen Vorschlag beseitigen, die Torfläachen, die im Besitz des Staats sind, einer starken Ausbeutung zu unterwerfen. Außerdem rechnet er auf das gute Herz der Fabrikanten, die ihren Arbeitern die Kohlen zum Einkaufspreis abgeben sollen.

Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

### Nach den Witterwochen.

Des Grafen Bülow Herrlichkeit ist schnell verblaßt. Er ist schon nach ein paar Wochen nicht mehr der allgeliebte politische Herzensbrecher und Weichenkresser, der amüsante Schwereidöter, der gar zu süß ist, als daß man ihm widerstehen könnte. Heute bereits regen sich die boshaften Mörzler, die Intriganten und die Frondeurs, und sie lassen sich gar nicht mehr imponieren durch die strahlende Cotillonschönheit Bülowischer Redekunst. Die verblüffend scharfe Abweisung Krügers, für die ja der höfliche Graf die Verantwortung übernimmt, hat das Signal zum Sturmangriff gegeben. Kein Zweifel, daß dem Reichslanzler nur noch das Volkssich-Telegraphenbureau, das „Berliner Tageblatt“, die „National-Zeitung“, die „Frankfurter“ und die Wiener Journalistik Treue hält — im übrigen begegnet er nur spöttischen und mißtrauischen Blicken.

Daß es reaktionäre Motive sind, die den Angriff gegen Bülow organisieren, ist unzweideutig. Die Hochschulgötter argwöhnen in dem Reichslanzler den Vertrauensmann der Exportindustrie, des Handels und der Hochfinanz. Der verblüffende Engländerhaß beschwingt die giftigen Weile. Und in der That ist dieser Engländerhaß heute eine sehr populäre Sache. Selbst wir Socialdemokraten, die wir uns von jeder Engländerhege frei halten und keine Neigung verspüren, den russischen Begierden Vorschub zu leisten, müssen bekennen, daß die dreiste Art, in der England, auf gewisse Einnahmen in Berlin spekulierend, sich Deutschland zum blinden draufgängerischen Handlanger seiner Interessen zu machen sucht, zur Abwehr herausfordert.

Aber gleichgültig, welche Motive die Feinde des Grafen Bülow leiten, ihre Angriffe selbst sind durchaus berechtigt, zumal sie jetzt Argumente ins Feld führen, die bisher nur die von der Vaterlandslosen Socialdemokratie geltend gemacht worden sind. Die „Rhein-Westf. Ztg.“, das Organ der Grubenbarone und der Centralverbändler, fällt ein geradezu vernichtendes Urteil über die ganze Welt- und Chinapolitik des Grafen Bülow. Man höre:

„Unsre Besitzungen und die benachbarten chinesischen Provinzen zeigen eine baumlose heiße Fläche, bevölkert von unendlichen Millionen von Leuten, die in harter Arbeit ein halbcivilisiertes Leben fristen. Deutsche Arbeiter und Bauern haben dort keinen Platz. Was dort arbeiten kann, sind nur die großen deutschen Bankkonzernien und ihr Kapital. . . Bedenklicher wird es, wenn man Erz, Zink, und so unsere deutsche Eisenindustrie den ostasiatischen Markt verliert. Sicherlich aber wird man vor allem auf die Industrie sich legen, mit der man in allen unentwickelten Ländern stets anfängt: die Gewebe-Industrie. Deutsches Kapital, Dampfkrast und Kuli-Arbeit werden sich vereinigen, um riesige Baumwoll- und Seidenspinnereien wie Webereien aus dem Boden zu stampfen, und dann werden die Textilfabrikanten in Gladbach, Krefeld, Elberfeld usw., welche heute schon über Italien und Japan jammern, zum Himmel schreien über diese Frucht der Chinapolitik. Aber trotzdem ist China anscheinend das Ideal des Grafen Bülow. Hunderte von Millionen sind schon hineingeworfen, allerdings, wie wir gern gestehen, zum Teil insolge eines uns aufgedrungenen Kriegs. Alljährlich aber verschlingt Kiautschou große Summen. Wir wählten andre Zwecke, wo zum Nutzen des deutschen Volks in deutschen Kolonien das Geld besser verwendet wäre. Aber China ist jetzt der Angelpunkt unsrer Weltpolitik und Graf Bülow sieht das A und B seiner Aufgaben augenblicklich in China. Daß die Erhaltung von 500 000 Niederdeutschen in Afrika wichtiger ist als die Erwerbung von fünfzig Millionen Chinesen, der Gedanke ist dem Grafen Bülow wohl niemals gekommen.“

Was das Blatt über die kapitalistische Interessiertheit an China sagt, ist von uns oft genug betont worden: das deutsche Kapital giert danach, in China mit seinen riesigen Bodenschätzen und seinen billigen Arbeitskräften dem Scimat-

lande, namentlich den deutschen Arbeitern Konkurrenz zu machen.

Die „Rhein-Westf. Ztg.“ charakterisiert dann die „tiefe Klust“, die sie in weltpolitischen Fragen vom Grafen Bülow trennt:

„Wir wollen eine Kolonialpolitik für das deutsche Volk. Graf Bülow treibt eine Kolonialpolitik für das mobile Kapital.“

Wir wollen daher zu allererst eine Festsetzung Deutschlands in gemäßigten Klimaten. Graf Bülow will sich überall festsetzen, wo nur deutsches Kapital und der deutsche Affessor arbeiten kann.

Wir wollen alle Deutschen und Niederdeutschen soweit als möglich vor dem nationalen Umlagerung retten und sie zusammenfassen. Gelingt das, so sind wir Deutsche mit unsren achtzig Millionen ohne weiteres ein Weltvolk. Graf Bülow rasi Leute jeder beliebigen Nation in der ganzen Welt zusammen; Polynesier, Chinesen, Negers und andre.

Wir wollen eine Festsetzung an wenigen, brauchbaren Punkten, eine nutz bare, brauchbare Ausbeutung des Deutschen Reichs übersee. Graf Bülow treibt eine Politik des Prestige, eine fast abenteuerhafte Kolonialpolitik nach französischem Muster, die dem Deutschen Reich keine Stärke bringt.

Wir wollen eine Weltpolitik zu Nutzen des deutschen Volks. Graf Bülow treibt eine Weltmachtspolitik zum Nutzen seines kaiserlichen Herrn.

Dem deutschen Volk hat die Weltpolitik des Grafen Bülow noch keinen Tropfen Gutes gebracht, sondern nur Steuern und Kriege. Der deutsche Reichstag hat sich natürlich „voll und ganz“ in die Arme Bülow's geworfen. Er hat ja auch die geistige Impotenz des Grafen Caprivi und die Nichtskunerei des Fürsten Hohenlohe ebenso begeistert mitgemacht. Er hat nur eins nicht vertragen: die Größe Bismarck's.

Ran sieht: Die Fronde des „alten Kurzes“ lebt noch und sie verfolgt mit allen Mitteln, selbst mit socialdemokratischen Argumenten, ihre Ziele. Die „Deutsche Tageszeitung“ stimmt heute der Offener Kollegin „von Anfang bis zu Ende“ zu und sie schreibt mit äußerster Schärfe:

„Ist denn das, was wir heute treiben, in der That „Weltpolitik“? Eine deutsche Weltpolitik kann doch nur darauf gerichtet sein, die Stellung des deutschen Volks in der Welt zu festigen, vor allem seine Ausbreitung über die Welt und damit die Beherrschung eines möglichst großen Teils der Welt durch Deutsche zu fördern. Eine solche Politik müßte vor allem unter den gegebenen Umständen ihr Auge auf Ostafrika richten! Was thun wir dagegen? Wir unterstehen England bei seinem Bemühen, deutsches, zunächst niederdeutsches Volkstum in Südafrika auszunutzen! Hat unsre Regierung vielleicht auch schon die Konsequenzen gezogen und sich mit dem Gedanken ausgeföhnt, daß späterhin auch unser Reichsgebiet dem Engländerum verfallt? Was wir dagegen in China eintauschen, das ist auf die Dauer nichts mehr als eine Möglichkeit besserer Verzinsung für unser Großkapital. Das aber ist trotz aller schönen Neben nicht Weltpolitik, sondern Krämerpolitik!“

Schon haben die Agrarier in Westpreußen entdeckt, daß auch Graf Bülow ein Mann ohne Kar und Palm sei. Bald wird man schriller pfeifen, wenn der Graf sich den Brotwucherern spröde erweisen sollte.

Glaubt Herr v. Bülow wirklich, daß er mit Miquelscher Sammelrucht und dem zweifelhaften Eigengewächs seiner höflich stützenden Beredsamkeit die rauhe Wirklichkeit harter Konflikte zu betäuben vermag? —

## Deutsches Reich.

Die chinesische Mauer. Eine Delation des Verkehrs verlangt in einem Miquel-offiziösen Artikel die „Post“. Die Reichsverfassung solle so geändert werden, daß der Verkehr auf den natürlichen Wasserstraßen mit Abgaben belastet werden könne.

Der Zweck des Vorschlags ist klar: Der Import soll gebindert werden. Während Deutschland Hunderte von Millionen ins Wasser wirft, um in China die Thür zu öffnen, während zu diesem Zweck sogar das Recht der Expropriation verleiht wird, soll Deutschland, chinesischer als China, sich von aller Welt absperrern. Nach den kriegerischen Grundfragen, die man jetzt bei uns verleiht, wäre ein solches Verfahren Grund genug, um etwa Amerika zu berechnen, eine „Strafexpedition“ nach Deutschland zu unternehmen. —

Englands Trinkgeld für den Krüger-Nichtempfang. Die englische Presse begnügt sich nicht damit, sich bei der deutschen Regierung für die scharfe Abweisung Krügers durch Lobeshymnen auf Deutschlands Auge und haatsmännische Politik zu bedanken, sondern sie nennt auch bereits das Trinkgeld, das England Deutschland für den Forterdienst in die Hand zu drücken gedenkt. So heißt es in einem Leitartikel der „Westminster Gazette“:

Wir glauben Deutschland nicht unrecht zu thun, wenn wir uns fragen, was es wohl für seine Abweisung des Präsidenten Krüger erhalten wird. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß uns mit dieser Abgabe ein erheblicher Dienst erwiesen worden ist, der uns zu entsprechenden Gegendienst verpflichtet. Deutschland hat übrigens schon mehrere Vorteile durch den Krieg von uns erwieh. Bei Ausbruch des Kriegs erlangte es Samoa. Später erwarb es eine Kohlenstation im Persischen Golf und freie Hand im Euphrates-Thal. Dann rettete das deutsch-englische Abkommen (in Sachen von China) Deutschland vor drohender Isolierung und öffnete das Handels-Thal dem deutschen Handel ohne Einbüdung der ausschließlichen Rechte in Schantung. Schließlich wird Deutschland vielleicht die Wallisch-Bucht erhalten. Das ist der Nutzen des Herrn Krüger.“

Diese glänzenden Ausföhren werden unsre erbosten Mitleidtschen hoffentlich mit der Regierungspolitik ausföhren. Je mehr Kohlenstationen und Plätzen an der Somme Deutschland durch seine süd-afrikanische Politik des laissez aller einhandelt, desto mehr Panzerlähne werden sich auf dem Ocean schaukeln und flottenbegeisterte Herzen mit patriotischen Schauern erschauern können. Mit den Gewissensstrapseln, daß es das Fell des waderen Boerenwölchens ist, das hier verschachtet wird, wird sich der realpolitische Verstand bald abfinden.

Die „Kreuz-Ztg.“ mäfelt allerdings noch an dem Trinkgeld herum, das ihr als kein genügendes Äquivalent erscheinen will. Nur, freilich gehört ja zum Schwagerhandwerk. Vielleicht versteht sich England auf Drängen dazu, Deutschland noch ein paar Inselchen oder einen versandeten Hafen ohne Hinterland anzuhängen.

Ehrlicher mag das Volteru der „Deutschen Tages-Ztg.“ gemeint sein, die nicht versteht, warum die „nationalen Interessen“ Deutschlands in Südafrika völlig den chinesischen Interessen geopfert werden sollten. Heute sei China Trumpf und die dortigen Kapitalisteninteressen. Aber haben denn nicht auch die Agrarier die Chinapolitik, wenn auch nicht gerade mit heller Begeisterung, mitgemacht? Wenn man für eine weltpolitische Aktion als erste Abschlagsrate 150 Millionen bewilligt, kann man dafür doch nicht jede Verantwortung ablehnen. —

Auf einen sehr bezeichnenden Widerspruch macht die „Münchener Allgemeinen Zeitung“ aufmerksam. Am 30. November schloß der „Vorwärts“ einen Leitartikel „Im weltpolitischen Fahrwasser“ folgendermaßen:

„Nur zu bald wird es heißen, Deutschland könne, nachdem es sich eine leitende Stelle im Konzert der Mächte erworben, nun auch „zur Wahrung seiner Ehre“ anderswo (als in Asien) nicht zurückbleiben, es müsse mit dabei sein, wo irgend es Weltändel giebt, sei es in Europa, in Afrika oder in der weiten Inselwelt des Stillen Ozeans.“



Am 2. Dezember schreibt der „Vorwärts“ in einem Leitartikel, der nachweisen will, daß die Boerenrepubliken im Hinblick auf Deutschland das Opfer einer politischen Illusion geworden seien, das nachfolgende:

„Sie (die Boeren) glaubten der gepanzerten Faust der fremden deutschen Nation sicher zu sein. So ergriffen sie denn, als der Ausbruch des Krieges unvermeidlich geworden war, die Offensive. ... Die einsichtigen Viehzüchter hatten aber keine Ahnung davon, daß die vorläufige Geschäfts-politiker im Grunde die wiedererstandenen Wölfe sind.“

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu: „Ein treffliches Beispiel dafür, wie man seitens der Schriftgelehrten des „Vorwärts“ mit der Urteilskraft der „Genossen“ zu rechnen pflegt. Gleich dem „Hexenmaleins“ muß auch dieser „vollkommene Widerspruch“ geheimnisvoll bleiben für Weise, wie für die, die ihre geistige Nahrung vom „Vorwärts“ beziehen.“

Das ist in der That ein sehr bezeichnender Widerspruch — aber das Münchener offiziöse Organ irrt, wenn es ihn im „Vorwärts“ entdecken zu können glaubt. Dieser Widerspruch steckt vielmehr in unserer Regiererei, zu deren hervorsteckendsten Eigentümlichkeiten es ja gerade gehört, daß sie zwischen wild schweifender abenteuerlicher Romantik, die keine Grenzen kennt, und einem engherzigen, unterworflichen Krämerium, das auch die elementarsten Pflichten der Noblesse gelegentlich dran giebt, hin- und hertaumelt. Gerade die Boeren haben ja binnen einem Jahr fünf die beiden extremen Widersprüche des neudeutschen Wesens gründlich kennen gelernt, erst die Romantik, dann der Geschäftsgeist.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat sich also mit ihren Vermerkungen über Widersprüche und ungenießbare geistige Nahrung an die falsche Adresse gewandt.

Mit dem Zollkrieg droht Rußland. Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Berlin, v. Timiriaeff, der auch bei den Handelsvertragsverhandlungen von 1894 als russischer Unterhändler fungierte, hat sich jüngst gegenüber einem Gewährsmann der „Königsberger Post.“ in diesem Sinn geäußert:

Wenn die deutsche Regierung die Getreidezölle über die bisherigen Sätze des deutsch-russischen Zolltarifs hinausgehen läßt, so wird, meint Timiriaeff, die russische Regierung in die Lage kommen, ihre vertraglichen Gegenleistungen in entsprechendem Maße zu verringern und wenn die agrarischen Zollsätze, welche Deutschland künftig beanspruche, eine Höhe erreichten, welche irgend welche wesentlichen Gegenkonzeptionen Rußlands unbegründet erscheinen ließen, so würde Rußland von der ferneren Vereinbarung eines Tarifvertrags überhaupt absehen. Für einen künftigen Tarifvertrag lägen nach der ganzen wirtschaftlichen Lage Rußlands keine Forderungen lediglich auf agrarischen Gebiete, in den Zolltarifen Deutschlands für landwirtschaftliche und tierische Produkte bei ihrem Import aus Rußland, während andererseits die Gegenleistungen Rußlands auf dem Gebiete seiner Industriezölle liegen.

In der That, kann ein zweites Land so sehr auf Handelsverträge angewiesen, wie gerade Deutschland, für das einerseits der Import von Rohprodukten und Lebensmitteln andererseits der Export von Fabrikaten eine Lebensfrage ist. Zollkriege würden Deutschland am allersthwersten treffen.

Krupp-Stamm. Die Nachricht der „Frankfurter Zeitung“, daß seitens der Firma Krupp die Absicht bestände, die Stummischen Werke anzukaufen, wird von den Schweidnitzer Nachrichten für falsch erklärt.

Mecklenburgische Erbweidung. In der „Freisinnigen Ztg.“ findet sich folgende ergötzliche Verächtung:

Auf dem Globus, nicht auf dem Venus forderte am Mittwoch der mecklenburgische Gesandte v. Deryn die Abgeordneten auf, nachzugehen, wo die von ihm bei der Darstellung der Verteilung der Katholiken in Mecklenburg benannten Orte liegen. — Die stämmische Heiterkeit, welche die Vorstellung erweckte, Mecklenburg und seine Städte auf einem Globus auffinden zu können, hat das Mißverständnis in dem gestrigen Parlamentsbericht veranlaßt.

Ohm Krüger hat inzwischen seine Reise nach Holland fortgesetzt. In Düsseldorf und Oberhausen sind ihm auf der Durchreise stämmische Ovationen bereitet worden. — Dem „Berliner Tageblatt“ war aus Wien gemeldet worden, daß im Einvernehmen mit der deutschen Regierung Bemühungen im Gange seien, um einen Besuch Krügers in Wien und Rom zu verhindern.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bemerkt dazu offiziös, daß die Meldung, soweit es sich um eine Beteiligung Deutschlands handle, völlig unbegründet sei. Vermutlich handelt es sich aber nur um englische Quettreibereien, zu denen die englische Diplomatie durch die Vorgänge in Deutschland ermutigt worden ist.

Schnäbele gestorben. Wie aus Rauch gemeldet wird, ist dort der frühere Grenzkommissar Schnäbele gestorben. Schnäbele war am 20. April 1887 durch deutsche Polizeibeamte verhaftet worden, weil er deutsche Reichsaufgehörige zum Landesverrat angezettelt haben sollte. Die Verhaftung Schnäbeles kam Bismarck äußerst gelegen, um durch Anzettelung eines deutsch-französischen Konflikts, der offiziös riesig ausgebaut wurde, die Reichstagsmehrheit für die Bewilligung der großen Militärforforderung geneigt zu machen. Der Reichstag, das Angstprodukt der Septennatswahlen vom 21. Februar 1887, bewilligte dem auch am 20. Mai in dritter Lesung 300 Millionen Mark für militärische Zwecke, nachdem er bereits am 7.—11. März die Septennatsforderung bewilligt hatte. — Schnäbele wurde am 28. April wieder freigelassen, da ihm von den deutschen Polizeibeamten freies Geleit zugesichert worden war.

Krügerkriegen. Unter der Spitzmarke „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“ wird der „Tägliche Rundschau“ aus Köln mitgeteilt: Den zur Begründung des Präsidenten Krüger nach Köln gereisten Bonner Studenten wurde auf Betreiben der Kölner Polizeiverwaltung verboten, Couleur anzulegen, sowie Benutzung geschlossener Wagen zur Besichtigung gemacht, die mit zwei Minuten Abstand folgen sollten. Die Studenten sind ersucht worden, diese Thatsache der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Die Kölnische Polizeiverwaltung scheint selbst auf ihre Anordnungen nicht gerade stolz gewesen zu sein, da sie sich doch vor deren Bekanntwerden genierte.

Idealismus und Geschäft. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Eisenach telegraphieren: Die Fabriken des Geh. Baurat Ehrhardt in Eisenach und Dörfeldorf (Scherezeien) liefern gegenwärtig 18 Batterien der neuen Schnellfeuergeschütze, System Ehrhardt, nach England für die dortige Kriegsverwaltung ab. Ferner werden geliefert 900 Munitionswagen und 54 000 Schuß. Der Kontrakt wurde nicht direkt von der englischen Kriegsverwaltung, sondern durch Vermittelung der Chartered Company (Cecil Rhodes und Genossen) im Monat April abgeschlossen.

Während unsere Patrioten das perside Alban verunglimpfen, das die Boeren verewaltigt, liefern dieselben Patrioten England Geschütze und Munition, um die letzten Freiheitskämpfer niederzuschmettern. Natürlich wird sich über die kleinen Prozentpatrioten ein großes Geschrei erheben, während man den großen Prozentpatrioten Krupp damit entschuldigt, daß er doch die deutsche Wodwaffen-Industrie durch Lieferungen für das Ausland konkurrenzfähig erhalten müsse.

Neue Denkmünzen sollen zu der im nächsten Jahre stattfindenden 200-Jahrfeier des Bestehens des Königreichs Preußen in Gestalt von 2- und 5-Markstücken geprägt werden, deren eine Seite das Doppelbild König Friedrichs I. und Kaiser Wilhelms II. zeigt. Ein Entwurf dieser Denkmünzen liegt dem Bundesrat zur Zeit noch nicht vor, dürfte ihm aber in nächster Zeit durch den Staatssekretär des Reichs-Schatzamts zugehen.

Die Jubiläumssfeier soll mit dem am 18. Januar regelmäßig gefeierten Ordensfest zusammenfallen und einen historischen Charakter tragen.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Genosse Polorny in Jwidau hatte sich am Dienstag vor dem Landgericht Chemnitz wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu verantworten. Er sollte das Vergehen in einer Versammlung zu Delowitz i. Erzgeb. begangen haben, als er die Chinaschah besprach. Das Gericht sprach ihn frei.

### Ausland.

#### Holland.

Präsident Krüger traf Donnerstagnachmittag in Zebenaar ein. Er wurde auf dem Bahnhofe von dem Konsul der Südafrikanischen Republik in Amsterdam, von Mitgliedern des niederländischen Boerenkomitees und einer großen Menschenmenge empfangen. Von Deputierten der benachbarten Gemeinden wurden Begrüßungsansprachen gehalten. Der Bürgermeister von Zebenaar hieß Krüger in den göttlichen Niederlanden willkommen. Seine Ansprache wurde vom Beifall der Menge vielfach unterbrochen; er sprach den Wunsch aus, daß Krügers Reise den gewünschten Erfolg haben und daß das Ende des Krieges nahe sein möge. Krüger dankte für diesen Beweis der Sympathie und sagte, er halte die Sache der Boeren für eine gerechte und er danke dem niederländischen Volke. Holland sei stets ein Kämpfer für die Gerechtigkeit gewesen. Er sei überzeugt, daß die Sympathie der Holländer aus dem Herzen komme. Nur ein Schiedsgericht könne den Boeren helfen. Krüger schloß: „Brüder und Geschwister! Bittet alle Gott, daß er die Herzen der Staatsoberhäupter bewege, kämpfet mit uns durch Gebet und Gott wird uns erhören!“ Der Bogen des Präsidenten war angefüllt mit Blumen und Kränzen. Als derselbe aus der Bahnhofhalle fuhr, folgte der laute Beifall der Menge dem Präsidenten, der an der Wagengänge stehend grüßte. Die Lokomotive war mit zwei Fahnen von Transvaal geschmückt.

#### England.

Die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments besagt: Es ist nötig geworden, weitere Deduktion für die Ausgaben zu beschaffen, die infolge der Operation meiner Heere in Südafrika und China erwachsen sind. Ich habe Sie zu einer besonderen Tagung zusammenberufen, damit Sie den hierzu erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen Ihre Sanction geben. Ueber andre Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmende öffentliche Angelegenheiten will ich mich erst äußern, wenn das Parlament im Frühjahr zu seiner ordentlichen Tagung zusammentritt.

#### Afrika.

Vom Kriegsschauplatz. Lord Ritzener telegraphiert aus Bloemfontein vom 5. Dezember: General Knop griff gestern die Truppe Dewets nahe bei Straze Veltuse-Smithfield an und vertrieb den Feind aus allen seinen Stellungen. Vor Sonnenuntergang zog sich der Gegner alsdann gegen Norden zurück. Eine Abteilung der Garnison von Utrecht stieß am 2. Dezember nahe bei der Stadt auf 200 Boeren und hatte ein zweieinhalbstündiges Gefecht mit denselben; schließlich zog sich der Feind zurück und ließ sechs Mann auf dem Schlachtfeld. Die englischen Verluste waren 2 Tote und 5 Verwundete. Infolge von Streifzügen, welche die Boeren bei Verechling unternahmen, ging am 2. Dezember von Heidelberg aus eine Abteilung dahin ab und wurde von 150 Boeren angegriffen. Sie schlug dieselben und nahm 9 Wagen weg. Zwei Engländer sind gefangen. — General Freuch meldet aus Potchefstroom: Eine Kolonne, welche in der Nähe von Vorberg operierte, machte viele Gefangene, erbeutete mehrere tausend Stück Vieh und vertrieb mindestens 500 Boeren aus der Nachbarschaft.

Der Militär-Gouverneur von Johannesburg erklärte, wie der „Morning Post“ von dort gemeldet wird, in einer Vankeltrede, daß die Behörden beschloffen haben, die nach Johannesburg zurückkehrenden Bürger militärisch auszubilden und zu bewaffnen. Man nehme an, daß auf diese Weise eine Truppe von 20 000 Mann zu stande komme, welche „Rand Rifles“ genannt werden soll.

### Parlamentarisches.

Freiherr Dehl zu Herrnsheim scheint doch wieder bei den Nationalliberalen bleiben zu wollen; wenigstens hat er mit fünfzehn Nationalliberalen zusammen im Reichstag einen Antrag eingebracht, der einen Gesetzesentwurf verlangt, durch welchen eine sachgemäße Reichsaufsicht für solche Kartelle oder Syndikate eingeführt wird, deren Geschäftsbegrenzungen einen nachweislich monopolistischen Charakter angenommen haben.

### Partei-Nachrichten.

Gemeindevahren. Socialdemokratische Gemeinderats-Mitglieder wurden wiederum in folgenden Gemeinden des Königreichs Sachsen gewählt: in Rochsburg bei Chemnitz 3, in Cunsdorf bei Jwidau 1, in Gohlis bei Dresden 2, in Unterweißig bei Dresden 1, in Seidnitz bei Dresden 1, in Reudorf bei Großenhain 1.

In der Gemeinde Fissau in Schleswig-Holstein unterlagen die bisherigen socialdemokratischen Vertreter gegen die Liste der Bauern.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen des Reichstagswahlkreises Wangleben haben einen socialdemokratischen Verein für den ganzen Wahlkreis gegründet, der seinen Sitz in Groß-Ottersleben hat.

Aud der Schweiz. Das Justiz- und Polizei-Departement des Kantons Genf hat die 1898 gegen den italienischen Genossen Vergamini erlassene Ausweisung zurückgenommen, so daß er, der seitdem in Vevay wohnt, nun wieder nach Genf zurückkehren kann.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Den Allegenden Gerichtsstand der Presse erkannte das Danziger Gericht nicht an. Ein Danziger Kaufmann hatte gegen den Redacteur Hennig von der „Volksstimme“ in Königsberg i. Pr. einen Privatbeleidigungs-Prozess anhängig gemacht. Das Amtsgericht hat sich aber für unzuständig erklärt. Zuständig sei das Gericht am Erscheinungsort des Blatts. Entscheidungen, die einen besonderen Gerichtsstand für Pressdelikte konstruieren, werden als überzeugend nicht anerkannt. Die Kosten trägt der Privatkläger.

Die Nilpferdpeitsche. Der frühere verantwortliche Redacteur der Erfurter „Tribüne“, Genosse Otto May, stand bekanntlich unter der Anklage, den hiesigen Lieutenant Förster dadurch beleidigt zu haben, daß er die Erziehungsanstalt kritisch belächelte, die dieser mit Hilfe der Nilpferdpeitsche an seinem schwarzen Diener übte. Verhuf weiterer Zeugenernehmung war die Verhandlung seiner Zeit vertagt worden. Jetzt ist sie zu Ende geführt worden. Lieutenant Förster hat selbst zugestanden, daß er den Regier vier bis sechsmal mit der Nilpferdpeitsche geschlagen und ihm dabei einmal eine Verletzung am Ohr beigebracht zu haben. Trotzdem gelangte das Gericht zu der Meinung, daß May den Förster durch den Vorwurf „unerhörter Mißhandlung“ beleidigt habe und verurteilte ihn zu 200 M. Geldstrafe.

### Rommunales.

#### Stadterordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, 6. Dezember 1900, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit einem tiefbewegten Nachruf für den am 2. d. M. verstorbenen Stadterordneten Espinola, der seit 19 Jahren der Versammlung angehörte.

Für die Adresse, welche die Versammlung dem Vorsteher zu seinem 25jährigen Jubiläum als Stadterordneter gewidmet hat, spricht der also Geehrte unter dem Beifall der Mitglieder seinen Dank aus.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen Errichtung eines städtischen Unteruchungsamts für Nahrungsmittel usw. ist auch der Stadter. Dr. Freudenberg deputiert.

Der zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtschulrats (für Vertam) eingesetzte Ausschuss hat nunmehr beschlossen, die Dotierung der Stelle mit 12 000 M. und zugleich die öffentliche Ausschreibung der Stelle vorzuschlagen.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung den Ausschussvorschlügen bei.

Auf Grund einer zum Etat für 1900 von der Versammlung gefassten Resolution hat der Magistrat vorgeschlagen, für die Hilfsarbeiter bei der Straßeneinigung eine

#### Erhöhung des Tagelohns

eintreten zu lassen. Die Erhöhung soll von 2,25 auf 2,60 M. erfolgen und schon für den bevorstehenden Winter in Kraft gesetzt werden.

Von verschiedenen Seiten ist Erhöhung auf 2,80 bezw. 3,00 M. beantragt.

Stadter. Carl Goldschmidt befragt die Erhöhung auf 2,80 M., wie sie auch die Straßeneinigungs-Deputation vorgeschlagen habe, ohne beim Magistrat durchzubringen. Für die bisherige Entschädigung bekomme die Stadt schlechterdings keine Schuttschöpfer mehr. Es heiße zwar, der Satz von 2,60 sei gewählt, weil die Große Berliner Straßenbahn in diesem Winter auch nicht mehr gebe; aber das könne doch für die Stadt nicht maßgebend sein.

Stadter. Koblenzer: Ersichtlich ist ja die Absicht, den Lohn dieser Hilfskräfte aufzubessern, weniger ersichtlich aber, daß es erst eines Kostens bedürfte, um den Magistrat willfährig zu machen. Die Verwaltung sollte doch bemüht sein, ihre Betriebe zu Musteranstalten zu machen; um so unbegreiflicher wäre es, wenn die Stadt dem Beispiel einer privaten Erwerbsgesellschaft folgte. Die vorgeschlagene Erhöhung erreicht noch nicht einmal den ursprünglichen Tagelohn. Andererseits darf man doch nicht auf den Kostensstand der Leute rechnen, welche zu dieser Arbeit herangezogen werden. Unter 3 M. kann ein Arbeiter in Berlin überhaupt nicht auskommen; wir haben daher diesen Satz beantragt. Die Deputation bitte ich, einen anderen Zahlungsmodus in Erwägung nehmen zu wollen. Die Leute, welche, durch augenblickliche Not gezwungen, die Arbeit annehmen wollen, können es vielfach nicht, wenn sie bis Ende der Woche auf den Lohn warten sollen. Es müßte doch angehen, den Leuten den Lohn täglich auszuzahlen.

Stadter. Wieleh: Was die Große Berliner Straßenbahn in diesem Jahre zahlen will, haben wir nicht gewußt, wir wußten nur, daß sie im vorigen Jahre 2,50 M. gegeben hat, und wir glaubten eine Kleinigkeit mehr zahlen zu müssen. Die Lohnzahlung erfolgt schon jetzt ganz nach dem Wunsch der Leute täglich, auch halbtägig. Grobenteils handelt es sich bei diesen Leuten nicht um Vollarbeiter, sondern um invalide Arbeiter, denen mit dieser Ausschäftsbefähigung gedient ist. Wenn jemand in die Kolonne der Straßenreinigung eintritt, nicht als Hilfsarbeiter, sondern als Vollarbeiter, so muß er sich mit 2,75 M. fürs erste begnügen, wir können also bei den Hilfsarbeitern nicht auf 2,80 M. hinausgehen.

Stadter. Koblenzer: Im städtischen Central-Arbeitsnachweis weiß man bisher nichts von der täglichen Lohnzahlung.

Stadter. C. Goldschmidt bittet, sich durch den Einwand des Stadtrats nicht beirren zu lassen, wenn die Löhne der städtischen Straßenreiniger sollen nach der Absicht der Deputation samt und sonders erhöht werden.

Der Satz von 3 M. wird abgelehnt, derjenige von 2,80 M. mit beträchtlicher Mehrheit angenommen.

Die durch die vereinigten Gemeindebehörden zu bewirkende Wahl von 80 Mitgliedern und 18 Stellvertretern für die Einkommensteuer-Verwaltungscommission soll zunächst durch eine gemischte Deputation vorbereitet werden.

Zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule soll an der Samariterstraße ein der Aktiengesellschaft Berliner Neustadt gehöriges, 5528 Quadratmeter großes Grundstück zum Preise von 40 M. pro Quadratmeter, also für ca. 233 120 M. erworben werden.

Ein weiterer Grundstückskauf für Gemeinde-Schulzwecke soll in der Schönhauser Vorstadt erfolgen. Die Aktiengesellschaft für Eisen- und Wellblechkonstruktionen vorm. Drees & Co. in Liquidation ist zum Verkauf eines an der Greifenhagenstraße belegenen etwa 5228 Quadratmeter großen Terrains für 207 711 M., d. h. zum Preise von 57 M. pro Quadratmeter, bereit. Beide Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

#### Mit der Verlegung des

#### Friedrich-Werder-Gymnasiums

nach Moabit in die Nähe des Hansaviertels hat sich der niedergesetzte Ausschuss in seiner Mehrheit einverstanden erklärt. Er empfiehlt der Versammlung, die grundsätzliche Zustimmung zur Verlegung auszusprechen und den Magistrat um baldigste Ausführung derselben zu ersuchen. Im Sinne des Antrags Werk wird vom Ausschusse ferner vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, sobald als möglich eine neue Vorlage betr. die Verlegung einer zweiten höheren Lehranstalt aus dem Innern der Stadt in die Bezirke vor dem Halleischen Thore zu machen.

Absent ist der Stadter. Kreiling.

Stadter. Wommsen (Freie Vereinigung, bisher Fraktion Espinola), obwohl aufrichtiger Freund der humanistischen Bildung, warnt vor der Errichtung neuer Gymnasien; mit der Verlegung des Friedrich-Werder-Gymnasiums sei er einverstanden. Man könne nicht künstlich der inneren Stadt ihre Gymnasien erhalten wollen, die dort zum Teil überflüssig geworden seien.

Stadter. Schwalbe (alte Linke) bedauert, daß der Magistrat sich nicht habe entschließen können, für Moabit ein eigenes Gymnasium zu errichten. Mit Unrecht stöße er sich an dem Kostenpunkt.

Stadter. Cassel (alte Linke) tritt dem Vordredner mit der Thatsache entgegen, daß die Schülerzahl der humanistischen Gymnasien nicht mehr steigt.

Stadter. Professor Virchow hält den heutigen Moment für die Verlegung eines Gymnasiums für wenig geeignet und möchte gern einen voreiligen Beschluß verhindern. Er ist nicht etwa aus Finanzrücksichten gegen neue Schulen, wünscht aber, daß noch etwas gewartet werde, bis die augenblicklichen Schwankungen, denen ja auch die Unterrichtsverwaltung tagtäglich noch unterliege, sich mehr beruhigt haben.

Stadter. Kurt Ulrich (Antisemit): Die Gymnasiumsfrage ist für Moabit und das Hansaviertel eine Lebensfrage. Der Stadtteil braucht bei 200 000 Einwohnern längst ein zweites Gymnasium.

Stadter. Hugo Sachs spricht sich gleich dem Stadter. Schwalbe für eine besondere Anstalt in Moabit aus.

Oberbürgermeister Kirchner: Wenn Herr Virchow vor Ueber-eilung warnt und Abwarten anrät, weil wir uns mitten in einer Reform der höheren Anstalten befinden, so sieht doch nicht fest, daß bei den Veränderungen, die möglicherweise eintreten, eine innere Organisationsänderung notwendig wird. Für uns scheidet diese Erwägung gänzlich aus (hört, hört!); die etwa notwendigen Veränderungen werden sich ja nicht bloß auf die eine Anstalt, sondern auf sämtliche erstrecken, und die Lokalfrage wird keine Rolle spielen. Eine wesentliche Veränderung in der Frequenz nach der Richtung eines großen Zuwachses infolge der neuen Kabinetsordre kann auch mit Sicherheit nicht vorausgesetzt werden. Die augenblickliche faktische Lage aber zwingt uns zur Verlegung eines Gymnasiums. Es sind nicht bloß Gymnasien, sondern auch Universitäten verlegt worden. Es wird doch auch nicht bloß der Name, sondern auch der Lehrkörper und die Ausrüstung, der Etat der Anstalt hinübergenommen. Umgehensweise für neue Anstalten Gelder anzugeben, ist die Stadt auch bei der glänzendsten Finanzlage nicht berechtigt.



Stadt, Dr. Bernes (A. L.) kann die Beweisführung des Oberbürgermeisters als richtig nicht anerkennen. Der Stadtrat habe das Gymnasium notwendig und auch für die entfernteren wohnenden Schüler sei es bei den guten Verbindungen sehr bequem erreichbar. Hierauf wird ein Erlaßvertrag angenommen und in namentlicher Abstimmung die Verlegung des Friedrichs-Werderschen Gymnasiums nach Noabit bezw. die Veräufßerung der Tempelhofer Vorstadt mit 87 gegen 23 Stimmen beschlossen.

Die vom Magistrat vorgeschlagenen neuen (d. h. fast durchweg ganz erheblich erhöhten)

**Einheitsätze für die Erstattung der Waisen-Verpflegungskosten** für die Zeit vom 1. April 1901/3 hat der niedergelegte Ausschuss in seiner Mehrheit abgelehnt und empfiehlt die Verfassung, es bei den bisherigen Sätzen zu belassen.

Referent des Ausschusses ist der Stadt, Dr. Freudenberg (S.): Der Magistrat hat im Ausschuss erklärt, daß er mit der Vorlage zunächst den Zweck verfolgt habe, sich über die wirklichen Selbstkosten einmal selbst zu informieren, dann aber auch in die Lage zu kommen, diejenigen Unterhaltungen oder deren Angehörige, die eine größere Erbschaft gemacht haben, zur Erstattung der vollen Kosten anzuhalten. Gegen diese neuen Grundätze ist eingewendet worden, daß Fälle der letzteren Art doch nur sehr selten sein würden, daß aber andererseits die höheren Sätze für viele Erstattungs-pflichtige sehr hart seien und leicht die Entziehung des Wahlrechts dadurch in Permanenz erklärt werden könnte. Auch treffe die Analogie der Krankenhauskosten-Berechnung nicht zu. Die Einrechnung des Grund und Bodens sei ebenfalls beanstandet worden, weil die Stadt denselben seiner Zeit nicht bar bezahlt habe.

Stadt, Friederici (A. L.) beantragt Zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuss, da man die finanzielle Tragweite nicht übersehe.

Die Sache geht an den Ausschuss zurück.

Die Verhandlung über die Anträge Singer, betr. die Einführung des Reichswahlrechts für die Gemeindegewählten, und Kalisch, betr. die Lebensmittelpflicht, werden bei der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgelehnt.

Nach Erledigung einiger Gegenstände von untergeordneter Bedeutung schließt die Sitzung gegen 9 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Zum Konflikt in der „Leipziger Volkszeitung“.

Zu unseren gestrigen Mitteilungen geht uns nachstehendes Schreiben zu:

Dr. Richterfeld-Lankwitz, 6. Dezember 1900.  
Zu den beiden letzten Nummern unter der Rubrik: „Zum Konflikt der Leipziger Volkszeitung“ in der gestrigen Nummer erlaube ich, daß ich als Verfasser des Artikels der „Vordrucker-Wacht“: „Der letzte Krampf zur Vernichtung der Gewerkschaft“ sämtliche von mir angeführten Thatsachen strikte aufrechterhalte und in der Lage bin, dieselben zeugeneidlich (event. vor Gericht) zu bekräftigen.“  
Theodor Labuhn.

Wir haben Herrn Labuhn, der in der Offizin des „Vort.“ beschäftigt ist, in mündlicher Auseinandersetzung erüht, uns mitzutheilen, von wem und unter welchen Umständen das behauptete Aufkommen an die Geschäftsleitung ergangen ist. Herr L. hat darüber jede Auskunft verweigert.

Für uns liegt nicht die geringste Ursache vor, an den von uns gestern veröffentlichten Erklärungen der Verbandsleiter und den damit übereinstimmenden Feststellungen der Geschäftsleitung zu zweifeln; wir erklären nochmals ausdrücklich, daß die Behauptungen Labuhns, soweit sie sich auf den „Vordrucker“ beziehen, vollständig auf Unwahrheit beruhen.

Die Spitzenweber von Calais haben von dem parlamentarischen Komitee der englischen Trade-Unions die Zustimmung erhalten, daß von den englischen Gewerkschaften Unterhaltungen einlaufen würden. Das P. C. wird an die Gewerkschaften ein Circular erlassen. Die Unternehmer in Calais drohen mit Auswanderung; sie wollen von den Fabrikanten in Nottingham (England) die Einladung erhalten haben, nach dort überzustechen.

## Sociales.

**Socialreform im Gastwirtsgeerbe.** Die seit Jahren gepflogenen Erhebungen und Bemerkungen über die Lage des gastwirtschaftlichen Hilfspersonals sind bekanntlich soweit gediehen, daß die Kommission für Arbeiterstatistik ihre Vorschläge dem Bundesrat unterbreitet hat. Die „Reformvorschläge“ der Kommission in Bezug auf die Arbeitszeit gehen, wie f. J. mitgeteilt, dahin, den Männern und Frauen eine achtstündige Ruhezeit gesetzlich zu gewähren, d. h. also eine **16stündige Arbeitszeit** als Maximum festzusetzen. Dieser Eingriff in die „Freiheit der Arbeit“ geht den gastwirtschaftlichen Unternehmern aber noch zu weit. Seit einigen Tagen ist hier in Berlin die internationale Vereinigung der Gasthofsbesitzer versammelt. Der Vorsitzende, Hotelier Hoher, sprach über die Vorschläge der Kommission. Er meinte, daß, wenn das Sotielgeerbe nicht eine große Schädigung erleiden sollte, dann dürfe die tägliche Ruhezeit **7 Stunden nicht übersteigen**. Wenn jedoch eine Trennung der Hotels von den Gast- und Schankwirtschaften nicht zu ermöglichen sein sollte, so wolle der Verein im Hinblick auf die länger währende wirkliche Arbeitszeit in den letztgenannten Betrieben thätigen Gehilfen, sowie mit Rücksicht auf den Umstand, daß dieselben vielfach verheiratet seien und nicht im Hause wohnen, in diesem Fall ein Opfer bringen und dem Beschlusse der Reichskommission für Arbeiterstatistik bezüglich der achtstündigen Ruhezeit folgen. Die Generalversammlung stimmte diesem Vorschlage förmlich einstimig zu.

Das „Opfer“ werden die Herren Hoteliers wahrlich mit Leichtgläubigkeit tragen können.

Im ferneren Verlauf der Verhandlung beschäftigte sich die Versammlung auch mit der **Stellenvermittlung**. Der Forderung auf vollständig kostenlose, von Berufsvereinen ausgeübte Vermittlung wurde einstimig zugestimmt.

**Zur Kohlennot.** Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte die Stadtverwaltung von Duisburg einen Antrag des sozialdemokratischen Vereins; der Antrag bezweckte die billige Kohlenverforgung der unbemittelten Bevölkerung durch die Stadt. Die Verwaltung, die kurzerhand über den wichtigen Antrag entschied, ist die, welche bei Hurra-Festen unbedingten Kredit gewährt und die durch ihre Sorglosigkeit bei der Wasserverforgung der Stadt den Ausbruch der letzten Typhusepidemie verschuldet hat.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Dritter Wahlkreis.** Heute, Freitag, abends 8 Uhr, findet im großen Saale von Bughagen am Parichplatz eine **Sollderversammlung** statt, in welcher der Genosse Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über: „Aufgaben und Ansprüche der Sozialdemokratie im Reichstage“ sprechen wird. Um rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen ersucht.

**Der Vertrauensmann.** Der Vertrauensmann, Brin, heute, Freitag, bei Dorn, Bürgerstraße 8, außerordentliche Mitgliederversammlung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.

**Der sozialdemokratische Verein von Johannisthal** und Nieder-Schöneweide hält am 8. Dezember er. abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Franz in Nieder-Schöneweide, seine Mitgliederversammlung ab.

**Ober-Schöneweide.** Sonnabendabend, 8 1/2 Uhr, findet bei Löpfer die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Dr. mod. Paul Bernheim hält einen Vortrag über: „Kinderfrankheit“. Gäste haben Zutritt!

## Gerichts-Setzung.

**Im Lübecker Streitposten-Prozess** fand gestern vor dem Brandenburger Schöffengericht die Verhandlung gegen den Genossen Kuth statt. Dieselbe endete mit Freisprechung des Angeklagten; die Verordnung selber hielt der Gerichtshof jedoch für zu Recht erlassen.

**Ein Anarchisten-Prozess** beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Tischler Otto Aldrecht war beschuldigt, als verantwortlicher Redacteur der sozialistisch-anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“ durch in diesem Blatt veröffentlichten Artikel zur Begangung des Mordes und der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgefordert zu haben. Beanstandet waren die Nummern des „Neuen Lebens“ vom 10. Oktober und 10. November d. J. In der letzteren Nummer befand sich ein Gedicht mit der Ueberschrift „Pro mororia“, welches den am 11. November 1887 in Chicago hingerichteten, bezw. zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilten Anarchisten gevidmet war. Der Leitartikel in demselben Blatt beschäftigte sich mit den Mordthaten, welche seit dem letzten Jahrzehnt von Anarchisten begangen wurden. Diese Verbrechen wurden als Folgen der bestehenden Gesellschaftsordnung zurückgeführt und auch die That Verdient wurde als ein Opfer der Klasse der Besitzenden hingestellt. Der Artikel schloß mit den Worten: „Ihr seid vorangegangen, wohlan, wir wollen Euch folgen unter dem Rufe: „Hoch die Anarchie!“ Der Angeklagte gab an, daß er zwar Anarchist, aber kein Anhänger der Propaganda der That sei. Er habe nur bis zu seinem 14. Lebensjahre die Volksschule besucht und sei nicht im Stande, auch nur den kleinsten Artikel zu schreiben. In einer von einigen Anarchisten besuchten Versammlung sei die Frage gestellt worden, wer die Redaktion für einige Monate übernehmen wolle. Er habe sich hierzu erboten, zumal ihm versichert wurde, daß er irgend welche Gefahr dabei nicht laufe. Die Oktobernummer sei ihm vor ihrer Fertigstellung nicht zu Gesicht gekommen, der Expedient Hornikel zu Aldrecht habe auch die ganze Redaktion besorgt. Entweder dieser oder der Student Gustav Schall seien nach Ansicht des Angeklagten Verfasser der Artikel.

Bei dieser Sachlage hielt der Gerichtshof es für geboten, die Anklage in betreff der Oktober-Nummer zu verlagern und die Akten der Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung zuzustellen. In betreff der November-Nummer hielt Staatsanwaltschaftsrat Rangow die Anklage in beiden Punkten aufrecht. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, führte aus, daß die Nummern beschlagnahmt wurden, als sie in einem Saal zur Post gebracht wurden. Hierin liege noch keine Verbreitung, sondern vielleicht ein Versuch oder eine vorbereitende Handlung. Können doch auch keine Verbreitung darin gefunden werden, daß vorher andere Personen durch Verhöhnung des Pflichteremplars von dem Inhalt der Nummer Kenntnis erhielten. Aber auch der Inhalt des Artikels sei nach der Ansicht des Verteidigers nicht dazu geeignet, zu Gewaltthatigkeiten aufzureizen. Die mit überreichem Pathos geschriebenen Artikel seien nicht anders zu beurteilen als die Reden, die ein bekannter Mann zu halten pflege und der in diesem Jahre bereits zweimal von der Anklage der Aufreizung freigesprochen worden sei, obgleich er fortwährend geschrieben habe: „Haut die Juden, jagt sie hinaus!“ Das Gericht habe den Grafen Bülher einmisch als einen Phrasenredner angesehen, dessen blumreiche Sprache nicht ernst zu nehmen sei. Er bitte, auch den Angeklagten aus diesem Grunde freizusprechen.

Der Gerichtshof hielt nur eine Aufreizung für vorliegend und erkannte hierfür auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Verurteilte wurde auf freien Fuß gesetzt.

**Wo zu ein Dienstmädchen herhalten muß.** Eine Anklage wegen wissenschaftlicher Anschuldigung schwerer Art wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Robert Hartung verhandelt. Im Juli d. J. befand der Angeklagte sich in einer Geldverlegenheit, die er für vorübergehend hielt. Um sich daraus zu befreien, soll er heimlich die Schmuckgegenstände seiner Ehefrau an sich genommen und dieselben veräußert haben. Als seine Ehefrau den Verlust bemerkte, beschuldigte sie sofort ihr Dienstmädchen Marie Viehly des Diebstahls und erließ gegen sie Anzeige. Das Mädchen wurde trotz seiner Unschuldvermutungen in Haft genommen. Ihr Dienstherr nahm weder für noch gegen sie Partei, sondern ließ ihre Verhaftung ruhig geschehen. Die Polizei stellte bei alten Bekannten und Trödlern Ermittlungen an und dabei wurde festgestellt, daß die Schmuckgegenstände den Namen des Kaufmanns Hartung, der auch von dem betreffenden Trödler auf das bestimmteste wiedererkannt wurde, versteigert worden waren. Das Mädchen wurde auf freien Fuß gesetzt und dagegen das Verfahren wegen wissenschaftlicher Anschuldigung gegen den Angeklagten eröffnet. Im Termin verurteilte der erwachsene Sohn des Angeklagten die Schuld auf sich zu nehmen, indem er behauptete, daß er die Schmuckgegenstände entwendet und versteigert habe. Der Gerichtshof schenkte ihm aber keinen Glauben, sondern hielt den Angeklagten für den Thäter. Sein Verhalten gegen das unschuldige Dienstmädchen sei ein höchst verdammenswertes und sei deshalb auf ein Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung erkannt worden. Unter lautem Jammern, daß er unschuldig für seinen Sohn büßen müsse, wurde der Verurteilte abgeführt.

## China.

### Wie man in Peking plündert.

Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich aus Shanghai melden: Eine hübsche kleine Episode von der Einnahme von Peking wurde von Offizieren des Seebataillons zum besten gegeben. Als nach der Einnahme der chinesischen Residenzstadt zwei deutsche Offiziere die Wohnräume des kaiserlichen Palastes durchsuchten, fiel ihnen auf, daß von chinesischen Kulis Tragbahnen mit Säcken überdeckt und aufeinander schwer beladen hinausgetragen wurden. Die Offiziere vermuteten darunter Leichen und kümmerten sich nicht weiter darum. Wie erkannten dieselben aber, als sie in einem Zimmer des Kaiserpalastes den englischen Votchschafter Sir Claude Macdonald nebst Gattin einig damit beschäftigt fanden, die Ausschmückung des Palastes auf Tragbahnen zu legen und zur Aufbewahrung nach ihrer Wohnung tragen zu lassen! In Deutschland nennt man so etwas Diebstahl.

Englische Korrespondenten haben wiederum allerlei Erbauendes von den Plünderungen anderer Nationen erzählt. Daß man sich selbst beschuldigt, kann man ja nicht gut erwarten.

### Die Expedition Dort

ist von Kalgan nach Peking zurückgekehrt. Sie hat die Leiche des Grafen Forst mitgebracht. Seine Beisetzung findet am 5. dieses Monats statt.

Der Hangtsekiang hat gegenwärtig einen sehr niedrigen Wasserstand. Bei Kiuksang ist das Wasser nur acht Fuß tief, und der Fluß fällt noch immer. Das vermindert die beabsichtigte Entsendung von Kriegsschiffen nach Hanlow.

**Ueber Gesuche im Hinterlande von Kantschou** meldet der Gouverneur Zschelke an den (chinesischen) Gouverneur in Schantung: „Ein Excellenz Telegramm vom 24. d. M., in welchem Sie mir Ihr Bedauern ausdrücken, daß ein deutscher Offizier verunglückt worden ist, habe ich erhalten und sehe zu meiner Befriedigung daraus, daß Sie die Uebelthäter jener Gegend ebenso wie ich verdammen.“

Die gerechte Strafe ist inzwischen eingetreten. Das Dorf Li-Hsia-hing, aus welchem auf die rübig vorbereitende Patrouille geschossen worden ist, sodas der Offizier an acht Stellen seines Körpers schwer und ein Mann leicht verwundet worden, ist am folgenden Tage gestrichelt worden, ebenso das Dorf Kusan, in dem sich die Aufreißer des Kaulsibtriffls gesammelt und verhängt hatten. Es sind dabei mehr als 200 der Unruhestifter gestrichelt worden. Dies wird ein warnendes Beispiel für das übrige Volk jener Gegend sein.

Pardon wurde auch hier scheinbar nicht gegeben. —

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Verheerungen durch den Sturm.

**Köln, 6. Dezember.** (W. Z. V.) Ständig laufen weitere Hochposten über Angeldfälle ein, welche der Sturm heute früh angerichtet hat. Auf den Bahnhöfen in Koltschen und Rippes wurden die Stellvertretergelände umgeworfen, wodurch beide Hauptgleise lange Zeit gestört blieben. Auf dem Güterbahnhof Gereon kuppelten sich infolge des starken Sturms eine Anzahl Wagen los. Hierbei wurde eine Person getötet. Auf dem Werk vor Anker liegenden Schiffen wurden die Mastbäume wie Streihölzer geknickt. Weite Strecken der benachbarten Chausseen sind mit schweren entwurzeltten Bäumen bedeckt. Auch die Ortschaften des Vorgebirges haben empfindlich gelitten. Marktleute erzählen, daß zahlreiche kleine Häuser eingestürzt sind, wobei viele Personen verletzt worden seien. Die Größe des durch das Unwetter verursachten Unglücks wird sich erst morgen übersehen lassen.

### Krüger in Holland.

**Haag, 6. Dezember.** (W. Z. V.) Bis weit über das Weichbild der Stadt hinaus hielt eine dichtgedrängte Menschenmenge mit niederländischen und transvaalischen Fahnen beide Seiten des Bahndamms besetzt. Der Zug des Präsidenten wurde beim Einlaufen in die Stadt mit stürmischer Begeisterung empfangen. Um 3 Uhr 50 Min. traf der Zug auf dem Bahnhof ein. Viele Vertreter der Behörden und zahlreiche Mitglieder beider Kammern, sowie zahlreiche Vereine waren zugegen. Da Krüger incognito reist, war kein Vertreter des Hofes anwesend. Ein Sängerkorps stimmte den 72 Psalm an. Der Bürgermeister hieß Präsident Krüger im Namen der Hauptstadt willkommen und der Vorsitzende des Südafrika-Vereins im Haag begrüßte Krüger im Namen des niederländischen Volks. Sodann wurde der Präsident in feierlichem Zuge nach dem Hotel des Indes geführt.

### Aus der französischen Kammer.

**Paris, 6. Dezember.** Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Vorlage über die Amnestie. Guieffé erklärte, es sei die Dreifach-Angelegenheit, welche die ganze Sachlage beherrsche. Die Vorlage über die Amnestie werde es Dreifach unmöglich machen, seine Unschuld zu beweisen. Wenn Dreifach schuldig sei, so hätte man ihn nicht begnadigen sollen. (Lärmende Zwischenrufe.) Redner sagt zum Schluß, er lehne die Amnestie ab, da sie einen Euhuben wie Hieronimus ungestraft lasse und achtbare Offiziere wie Picard auch weiterhin dem Verdacht aussetze. Deribère verlangt, daß um Vergebung herbeizuführen, die Amnestie allgemein sei und daß nur für das Verbrechen des Betrags eine Ausnahme gemacht werde. (Vereinzelter Beifall.) Die Regierung solle eine Vorlage in diesem Sinne einbringen. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, er habe eine allgemeine Amnestie deshalb nicht beantragt, weil er das Land nicht einer neuen Erregung aussetzen wolle. (Wiederholter Beifall.) Der Antrag Deribère wird mit 311 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

### Die Abrechnungsdebatte im englischen Oberhaus.

**London, 6. Dezember.** (W. Z. V.) Rathorn bringt die Adresse auf die Thronrede ein und erklärt, nur die Regelung der südafrikanischen Angelegenheit, durch welche für die Aufrechterhaltung einer festen britischen Herrschaft Sorge getragen werde, könne zufriedenstellend sein. Kimberley weist auf die plötzliche Auflösung des Parlaments hin und sagt, er setze voraus, die Regierung habe damals den Eindruck gehabt, daß der Krieg in Südafrika hauptsächlich beendet sei, aber die jetzigen Umstände ließen diese Voraussetzung als ungerechtfertigt erscheinen.

Die Thronrede der Königin sei äußerst kurz, das Parlament habe aber das Recht, genauere Andeutungen über die Politik der Regierung bezüglich Südafrikas zu erwarten. Der Krieg nähere sich offenbar noch nicht seinem Ende, die Feindseligkeiten hätten im Gegenteil in letzter Zeit zugenommen und einen bedenklichen Charakter angenommen. Sehr peinlich hätten die Meldungen über die grausame Behandlung der Boeren berührt. Er habe zu der Menschlichkeit des Feldmarschalls Roberts volles Vertrauen, und er sei, bis er von maßgebender Seite eine Auskunft erhalten, nicht geneigt, jenen Meldungen Glauben zu schenken, doch wünsche er zu erfahren, wie weit ein strenges Vorgehen überhaupt völlig unvermeidlich war. Bezüglich der Lage in China hält Redner dafür, daß sich die Mächte dort so gut verständigt hätten, wie man dies unter so schwierigen Umständen vernünftigerweise erwarten konnte. Der Abschluß des englisch-deutschen Abkommens habe ihn mit Genugthuung erfüllt, er hoffe jedoch nicht, daß dieses Abkommen der Plan einer Expedition nach dem Innern Chinas ansetze, um dort den Kaiser und die Kaiserin von China gefangen zu nehmen. Ein solches Unternehmen würde sich noch länger hinzuziehen, als der Krieg in Südafrika. — Premierminister Lord Salisbury entgegnete: Glaube Lord Kimberley dem, daß England alle gedachten Opfer aufgeben und eine Art von Unabhängigkeit geben wolle? (Lord Kimberley unterbrechend: Das würde ich über alles bedauern.) Was sei dann auf Lord Kimberleys Behauptung zu geben; denn das einzige, was diese Quertlas befriedigen könne, sei die Wiederherstellung einer Art von Unabhängigkeit, und das könnte nicht geschehen. Die Position einer britischen Kolonie mit eigener Verwaltung wünsche die Regierung dem Volke anzubieten, wenn es bereit sei, diese anzunehmen. Er wisse nicht, wie lange dies dauern werde, es könnten Jahre sein, es könnte auch eine Generation darüber hingehen. Unschlüssig Chinas Stimme er Lord Kimberley nicht zufriedenstellen, indem er genau die Lage, in der die chinesische Frage sich befinde, auseinandersetze. Das Konzert bestehe, und die letzten Nachrichten zeigten, daß es eine sehr vernünftige Lebensfähigkeit besitze. Er (Salisbury) sei mehr im Zweifel über die Zeit, wann ein befriedigendes Resultat erreicht werden würde, als darüber, ob das europäische Konzert Erfolg haben werde. Die Regierung hoffe alles zu erreichen, was sie sich vorgesetzt habe. Nach weiterer kurzer Debatte wurde die Adresse angenommen und das Haus bis Montag vertagt.

### Lord Roberts in Durban.

**Durban, 6. Dezember.** (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Lord Roberts fand hier einen glänzenden Empfang, an dem sich Mitglieder des hiesigen Fremdenvereins beteiligten. Roberts hielt eine Rede, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß man, wenn der Krieg vorbei sei, diejenigen die Erbschaft erben werde, die Englands Feinde gewesen, daß man dieselben eher für den Kampf, den sie gekämpft, und daß man vorbereitet sein werde, die Privilegien, die jeder Engländer hochhält, auf sie auszubeden. Er glaube, den aus den Republikanischen Gefolgten werde die Rückkehr in ihre Heimstätten in nicht langer Zeit gestattet werden.

**Haag, 6. Dezember.** (W. Z. V.) Die Erste Kammer nahm einen Beschlus an, in welchem sie ähnlich wie in dem betreffenden Beschlus der Zweiten Kammer, den Präsident Krüger in den Niederlanden herzlich willkommen heißt.

**Sofia, 6. Dezember.** (W. Z. V.) Gerüchtele verläutet, Fürst Ferdinand sei entschlossen, falls die Sobranie dem neuen Ministerium das Budget nicht votieren sollte, ein Militärregime einzuführen.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



Reichstag.

14. Sitzung. Donnerstag, den 6. Dezbr. 1900, 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Thiele, Vresfeld. Zunächst steht ein schleuniger Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen. betreffend Einstellung eines gegen den Abg. Thiele (Soc.) schwebenden Strafverfahrens zur Beratung.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Der Herr Abg. Thiele hat in der vorigen Session schwere ehrenrührige Vorwürfe gegen den Steiger Rothe erhoben. Ich habe den Nachweis geliefert . . .

Präs. Graf Vallasfrem:

Diese Ausführungen gehören nicht zum Antrage. In diesem handelt es sich um ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung durch die Presse. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie zu diesem Antrage zu sprechen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Ich habe geglaubt, daß, da dieser Antrag sich gegen die Person des Abg. Thiele richtete, ich auch meine Beweggründe gegen die Person des Abg. Thiele . . .

Präsident Graf Vallasfrem:

Dieser Glaube war irrtümlich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Dann muß ich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß es die Geschäftsordnung nicht gestattet, Angriffe gegen Personen außerhalb des Reichstags, die auf Grund der Redefreiheit im Reichstag gemacht sind, hier zur Sprache zu bringen, so daß dem Betroffenen Gerechtigkeit geschieht . . .

Präsident Graf Vallasfrem:

Auch dies gehört nicht mehr zum Antrage. (Heiterkeit.)

Hierauf wird der Antrag Albrecht angenommen.

Sodann wird die Besprechung der Interpellation Heim (C.) wegen der Kohlentenerung fortgesetzt.

Handelsminister Vresfeld:

Nicht nur die landwirtschaftlichen, auch die gewerblichen Genossenschaften sollen bei dem direkten Bezug staatlicher Kohlen berücksichtigt werden, wenn auch bei den gewerblichen Genossenschaften größere Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der weitere Vorwurf des Abg. Richter, ich sei gegen die Gründung staatlicher Centralbureaus für den direkten Verkauf von Kohlen an die Konsumenten ist gleichfalls unbegründet. Solche Bureaus bestehen bereits für staatliche Kohlenbezirke. Das ober-schlesische Centralbureau hat mein Amtsvorgänger v. Berlepsch errichtet, ich habe es vorgefunden. Redner sucht sodann zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Heranziehung der Händler seit seinem Amtsantritt zurückgegangen sei.

Es ist an mich in der Presse die Aufforderung gerichtet worden, die ober-schlesischen Kohlengruben mit den staatlichen zu einem Syndikat zu vereinigen. Nach meiner Meinung aber hat der Staat die Aufgabe, die Preise erst zu erhöhen, wenn die Marktlage eine feste ist. Gehört er jedoch dem Syndikat an, so wäre er jedenfalls dazu verpflichtet, sobald die Majorität Preisverbände beschließt. Herr Heim hat es als eine Schande bezeichnet, daß das XVIII. Armeecorps englische Kohle beziehe. Ich finde das bei dem großen Import und der Güte der englischen Kohle gar nicht verwunderlich. Herr Heim hat weiter die Frage an mich gerichtet, ob die preussische Regierung niemals von der Befugnis des § 65 des preussischen Berggesetzes Gebrauch gemacht habe, die Privatgrubeneigentümer zu erweitern. Ich kann ihm erwidern, daß dazu niemals ein Anlaß vorgelegen hat. Die Grubeneigentümer haben sich stets sehr bereit gefunden, ihren Betrieb zu vergrößern. Auch in diesem Jahre sind 72 Anlagen in Vorbereitung begriffen.

Eisenbahnminister Thiele:

Der Herr Abg. Heim hat geäußert, die Kohlen hätten in der Schweiz zum Teil weniger gekostet als in den in gleicher Entfernung von den Gruben gelegenen inländischen Bezirken, und das läge an den billigen Transportkosten wegen der Exporttarife und weil zum Teil im Auslande billigere Preise für Kohlen genommen würden. Beide Behauptungen haben ich und der Herr Handelsminister schon Montag widerlegt und ich hoffe, daß Herr Heim sich dadurch würde überzeugen lassen. Trotzdem hat Herr Heim seine Erklärung wiederholt. Ich kann nunmehr kontrollieren, daß seitens des Herrn Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts der ziffermäßige Nachweis geliefert ist, daß diese Behauptungen irrig sind. Redner erläutert dies durch einzelne Zahlen.

Abg. Sachse (Soc.):

Es sind im Laufe der Debatte gegen die Vergleute verschiedene Vorwürfe erhoben worden. Vor allen Dingen hat man den Streik in Sachsen die Schuld an der Kohlentenerung zugeschrieben. Ich kann konstatieren, daß von 430 000 Kohlenarbeitern nur 20 000 Arbeiter höchstens 14 Tage gestreikt haben. Die sächsische Regierung ist ja auch mit Erfolg demüthigt gewesen, durch Gewaltmaßregel den Streik sofort zu unterdrücken. Vor dem Streik aber hat eine massenhafte Ausfuhr deutscher Kohle in das österreichische Streikgebiet stattgefunden. Sogar Fabrikanten, die deshalb keine Kohle hier bekommen konnten, haben gegen diese antinationale Politik der deutschen Kohlenmagnaten protestiert. Wenn der Eisenbahnminister also im Abgeordnetenhaus erklärte, sobald die streikenden Arbeiter zur Vernunft kommen würden, würde die Kohlennot aufgehört, so hätte er besser gesagt, wenn er die Arbeitgeber zur Vernunft gebracht hätte! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es ist auch gesagt worden, daß die Faulheit der deutschen Bergarbeiter an der Kohlennot schuld wäre. Die durchschnittliche Jahresleistung des deutschen Bergarbeiters ginge von Jahr zu Jahr zurück. Es fällt mir nicht schwer, diese halloosen Behauptungen zurückzuweisen. Aus einer amtlichen Statistik, die mir hier vorliegt, will ich folgende Angaben machen. In Sachsen betrug die jährliche durchschnittliche Förderung eines Bergarbeiters im Jahre 1892 306 Tonnen, 1895 345 Tonnen, 1899 379 Tonnen, also gegen 1892 eine Mehrleistung von 74 Tonnen pro Jahr. In Schlesien wurden von jedem Bergarbeiter jährlich durchschnittlich gefördert: im Jahre 1892 197 Tonnen, 1895 217 Tonnen, 1897 219 Tonnen, ebenfalls eine erhebliche Steigerung. Im Dortmund-Bezirk betrug die durchschnittliche Förderung 1890 267 Tonnen, 1895 274 Tonnen und 1899 ebenfalls 274 Tonnen. Es sind ja allerdings auch Jahre darunter, wo die Leistungen niedriger gewesen sind, aber das liegt eben daran, daß die Gruben immer tiefer werden und die Kohlergewinnung infolgedessen immer schwieriger wird. Herr Bildt wird mir das zugeben und er hat es ja auch in seinen Ausführungen am Montag hervorgehoben. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Leistungen nicht immer dieselben sein können, trotzdem die Arbeiter immer fleißiger arbeiten müssen. Die Behauptung, daß die Bergarbeiter faul gewesen sind, ist vollständig hinfällig und ich kann nur bedauern, daß selbst Centrumsblätter in diesen falschen Aufstellungen haben. Wenn die Kohlennot von irgend einer Seite künstlich hervorgerufen worden ist und wenn schon seit Jahren von gewissen Kreisen auf die Kohlennot hingearbeitet ist, indem man jede Ueberproduktion zu vermeiden suchte, so ist es das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat gewesen. Seine Hauptaufgabe war es von vornherein, die Produktion einzuschränken und diese Einschränkung von Jahr zu Jahr zuzunehmen und ist aufricht erhalten bis zum Rai dieses Jahres.

Ferner haben nicht nur die Vertreter des Kohlen-Syndikats, sondern auch die verschiedensten Zeitungen behauptet, daß die Händler die Hauptschuld an der Kohlentenerung trügen. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, und ich habe keine Veranlassung, die Groß-

händler in Schutz zu nehmen, aber man soll sich doch nicht so stellen, als ob die Händler allein die Schuld trifft. Auch auf sie ist ein Druck ausgeübt worden. Einem Kohlenhändler aus Erfurt, der zu billig verkauft, ist ein Verweis deswegen erteilt worden, und als er sich daran nicht lehte, da er sich im Recht glaubte, ist ihm in einem zweiten Verweis verboten worden, unter dem Preis zu verkaufen. Noch mehr beweist das ein zweiter Verweis, der aus Marburg stammt, aus dem hervorgeht, daß dem Händler, der nach Ansicht des Syndikats zu billig verkauft hat, die Kohlen von dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat überhaupt entzogen worden sind. Nur ganz wenig Firmen erhalten noch vom Syndikat Kohlen, die andern alle nicht.

Der Herr Handelsminister hat dann weiter gesagt, getriebene Kohlen von staatlichen Gruben erhalten. Nun, es wurde kürzlich aus Breslau geschrieben, und zwar von der Handelskammer an eine staatliche Grube, ob die dortigen Zimmungen direkt Kohlen beziehen könnten. Man erhielt zur Antwort, es könnten keine Kohlen von der Staatsgrube an die Zimmungen geliefert werden. Aber auch Private, Fabrikbesitzer haben dieselbe Antwort erhalten; daß diese Absage an der Tagesordnung ist, sieht man daraus, daß die Abgelassenen gedruckt sind. Es ist also festgesetzt, daß gewerbliche Genossenschaften und Private vom Staat Kohlen nicht beziehen können.

Der Handelsminister hat ferner zugegeben, daß es notwendig sei, den Zwischenhandel einzuschränken. Er hat aber die Kohlenhändler auch sehr gelobt. Sie hätten sich durch Einführung der ober-schlesischen Kohle unter Ausschaltung der englischen & v. großes Verdienst um die Berliner Bevölkerung erworben. Ich sage vielmehr: sie haben sich großen Verdienst von der Berliner Bevölkerung erworben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Eisenbahnminister hat sich gegen die Aufhebung der Ausfuhrtarife erklärt. Interessant ist dabei, daß der Eisenbahnrat für Ost- und Westpreußen plötzlich in einer Sitzung ebenfalls über die Ausfuhrprämien debattiert hat und mit 17 gegen 5 Stimmen einen Antrag auf Aufhebung der Kohlenausfuhrtarife angenommen hat. Herr v. Thiele hat darauf hingewiesen, daß auf Grund 20jähriger Verträge heute noch die Kohlen aus dem Ruhrrevier zu Vorzugstarifen nach den Gasanstalten in Paris geliefert werden. Wie würden die Herren von der Rechten und die National-Liberalen über uns herfallen, wenn die Socialdemokratie ausländische Arbeiter oder Industrielle in einer solchen Weise begünstigen würde. Die Behauptung, daß in der Schweiz deutsche Kohlen billiger verkauft werden, scheint doch nicht jeder Grundlage zu entbehren. Denn im vorigen Winter ist sogar von liberaler Seite in der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß in der Schweiz die Kohlen 20 R. billiger verkauft werden als in Deutschland und daß demgegenüber Schritte gethan werden müßten. Thatsache ist auch, daß Grubeneigentümer Vorzugstarife auf der Eisenbahn genießen. Bei den hohen Dividenden der Bergwerksbesitzer wird die Eisenbahnverwaltung dies Vorgehen kaum verantworten können. Uebrigens wird die Ausfuhr deutscher Kohlen vom Syndikat auch noch auf andern Wegen zu bewerkstelligen gesucht.

Am 27. November hat das westfälische Syndikat einen Austausch eingeleitet, der sich darüber schlüssig werden soll, ob nicht auch von seiten des Kohlen-Syndikats Ausfuhrprämien gezahlt werden sollen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Im nächsten Frühjahr wird ein solcher Beschluß sicher gefaßt werden. Eine auffallende Thatsache ist, daß die Kohlenpreise bis zum Herbst nach und nach gestiegen sind, und erst als die deutschen Fabrikanten und die deutschen Handelskammern, in denen die Kohlenbergwerksbesitzer keinen Einfluß hatten, dagegen opponierten, wurden ihnen von seiten des Syndikats die Preise nicht mehr gestiegen, wohl aber stiegen die Preise für die Hausbrandkohle noch am 1. Oktober um 15 Proz. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Freilich die armen Arbeiter haben ja nicht solchen Einfluß, sie konnten daher noch einmal geschöpft werden! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wenn übrigens das Centrum hier eine Interpellation über die Kohlentenerung einbringt, so soll es sich doch zuerst erkundigen, wie seine Freunde in Oberschlesien vorgehen. Die Bergwerksbesitzer dort haben genau so ihre Preise erhöht wie die westfälischen.

Man hat nun auch den „hohen Löhnen“ der Vergleute die Schuld an der Kohlentenerung zugeschrieben. Aus der amtlichen Statistik geht indes hervor, daß 1899 bei den Steinkohlenarbeitern die Durchschnittslöhne 2.87 M. betragen, im zweiten Quartal 1900 in Oberschlesien 3.09 M., also nur 22 Pf. mehr. In Niederschlesien betrug der Durchschnittslohn 1899 2.90 M., im 2. Quartal des laufenden Jahres 2.95 M. Im Ruhrrevier 1899 3.06 M., im 2. Quartal 1900 4.17 M., also die deutschen Bergarbeiter haben im laufenden Jahr nur wenige Pfennige mehr verdient als im vorigen; und ich behaupte, daß durch diese kleine Lohnerhöhung die Kohle hätte um keinen Pfennig teurer werden brauchen (Schrädlitz links) und werde dies nur durch den Hinweis auf die großen Ueberschüsse der Kohlenbergwerksbesitzer beweisen. Die westfälischen Braunkohlenarbeiter haben im Jahre 1894 pro Tonne 99 Pf. und 1899 pro Tonne 1 M. Verdienst gehabt. Die Lohnerhöhung beträgt also mit Rücksicht auf die gesteigerten Förderungen nur einen Pfennig.

Herr Bildt hat auch von den Arbeitervillen in Dortmund und Essen gesprochen und uns aufgefordert, sie uns einmal näher anzusehen. Ich habe das zwar nicht selbst gethan, bekam aber sofort einen Brief aus der dortigen Gegend mit Schilderungen über die Arbeiterkolonien. Dort heißt es z. B.: „Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sind schandhaft. Hunderte von ausländischen Arbeitern werden herbeigekleidet und in Herden und Holzschuppen untergebracht. (Hört! hört! bei den Soc.) Ein anständiger Vergemann geht nicht freiwillig in diese Kolonien!“ Weiter wird mir mitgeteilt, daß Herr Knap, bevor er die Kirche in einer seiner Arbeiter-Villenkolonien einweihte, seinen Vergleuten auf jede Hannover 10 Proz. Lohnabgabe gemacht hat, was ungefähr 300 000 M. jährliche Einnahmen für ihn bedeutet; dafür kann man freilich Villenkolonien bauen und sich als Wohltäter der Menschheit aufspielen und Monarchen zu Gast laden! (Sehr gut! links.) Weiter wird mir mitgeteilt, daß ein Vertriebsführer geäußert hätte, „ordentliche Arbeiter gehen nicht in solche Kolonien“. Auch ich kenne die Kolonien aus eigener Anschauung; der Mann hat durchaus recht. In diesen Kolonien hat fast jede Familie fünf Kostgänger und diese wohnen zusammen in drei Zimmern. Dazu kommt die krankhafte Abhängigkeit von der Pöbe. Auch ein Polizist hat sich über die Insassen solcher Kolonien geäußert: „Ordentliche Arbeiter sind nicht dabei.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Für Niederschlesien will ich zugeben, daß dort das Einzimmer-System wenigstens abgefaßt ist, so daß viele Arbeiter zwei Zimmer haben. Aber die Abhängigkeit dieser Arbeiter, die in den Rebenhäusern wohnen, ist eine außerordentlich große. Kein Festungs-Vorposten darf dort Zeitungen anfragen, die dem Grubeneigentümer nicht genehm sind. Ein ungeheurer Druck wird auch bei den Wahlen ausgeübt.

Was die Löhne anbetrifft, so steht es übrigens fest, daß eine ganze Reihe von Zechen jetzt noch Lohnreduzierungen vornehmen resp. für den Januar in Aussicht gestellt haben. Jede Woche gehen dazwischen Kosten durch unsere Parteimitglieder. Wie steht es nun aber demgegenüber mit den Ueberschüssen der Bergwerksbesitzer? Das in den deutschen Bergbau angelegte Kapital hat sich im Jahre 1894 mit 5 1/2 Proz. verzinst, 1897 bereits mit 10 Proz., 1899 mit 13 1/2 Proz. Ich halte also wohl recht zu behaupten, daß die geringfügige Lohnzulage die Kohlenpreise auch nicht um einen Pfennig hätte zu steigern brauchen.

Ich will dann einige Zahlen über die horrenden Ueberschüsse angeben. Der Durchschnittsverkaufspreis der Zeche Dortmund betrug im Jahre 1899 8.64 M. pro Tonne, im laufenden Jahre 9.52 M. pro Tonne, der Gewinn 12 358 811 M. gegenüber 9 251 673 M. im

vorigen Jahre, also ca. 3 Millionen Mehrgewinn. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dividenden sind gezahlt worden: 1897 8 Proz., 1898 9 Proz., 1899 10 Proz., im laufenden Jahre 11 Proz. In den laufenden sechs Monaten ist der Verdienst ein noch größerer gewesen als im letzten Jahre. Auch andre große Zechen wie die „Gibernia“ haben große Ueberschüsse, 1899 betrug der Gesamtüberschuß 7 1/2 Millionen Mark, in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 1 1/2 Millionen mehr.

Die Grube Gelsenkirchen hat im Jahre 1899 einen Ueberschuß von über 9 Millionen ergeben, im Jahre 1900 in den ersten zehn Monaten einen Ueberschuß von 13 322 748 M., das ist ein Mehriberschuß von circa 3 Millionen in zehn Monaten. Ebenso haben die kleineren Zechen große Ueberschüsse. Auch der preussische Fiskus hat mit seinen Gruben horrende Gewinne gemacht. Der Gesamtüberschuß betrug in den Jahren 1895/96 etwa 9 882 000 M., 1897/98 über 12 Millionen und 1899 20 784 000 Mark. Nicht nur an diesen kolossalen Ueberschüssen sieht man die günstige Lage der Kohlenbergwerke, sondern es sind noch bedeutende Summen zu Reservefonds, Special-Reservefonds und zu Amortisationszwecken verwendet worden. (Redner führt eine Reihe Zahlen als Belege dafür an.) Aus alledem geht hervor, daß die Ueberschüsse für das nächste Jahr noch höhere sein werden. Den größten Vorteil von der günstigen Lage der Kohlenwerke haben natürlich die Vorstände der Gruben. So bezieht Herr v. Kardorf ein Gehalt von 27 000 Mark als Aufsichtsrat der Laurahütte. (Lade des Präsidenten.)

Präsident Graf Vallasfrem:

Ich bitte nicht auf das Privatverhältnis der Abgeordneten einzugehen.

Abg. Sachse (Soc., fortfahrend):

Ich will noch darauf zu sprechen kommen, daß die deutschen Bergarbeiter, wenn sie wirklich etwas mehr verdient haben, dies nur auf Kosten ihrer Gesundheit haben thun können. Die Abschlässe der niederschlesischen Knappheitsklasse im Bezirk Waldenburg beweisen ganz deutlich, daß die Krankheitsziffer 1899 gegen 1898 ganz gewaltig gestiegen ist. Während die Knappheitsklasse 1898 37,5 Prozent Kranke hatte, hatte sie im Jahre 1899 69,00 Proz. Im Ruhrbezirk waren 1898 von 100 Arbeitern 58 krank, im Jahre 1899 dagegen 81. Das ist eine gewaltige Steigerung der Krankheitsfälle. Die Arbeiter mußten sich 1899 bedeutend mehr anstrengen als im Vorjahre. Es wäre hohe Zeit, daß die Regierung endlich einmal eingriffe und diese Zustände ins Auge faßt.

Es sind am Montag verschiedene Vorschläge gemacht worden. Keiner geht aber auf den Grund der Sache, keiner giebt das Mittel, das allein auf diesem Gebiete Besserung hervorbringen kann. Die einzige Möglichkeit einer Besserung ist trotz schwerer Bedenken die, daß die Gruben in den Staatsbesitz übergehen. Dann würde das deutsche Parlament die Aufsicht über die Gruben haben. Es würde sie kontrollieren können. Es würde darüber wachen können, daß nicht eine Arbeitszeit gegeben wird, die der Gesundheit schädlich ist. Es würde nicht zugeben, daß das deutsche Volk in einer Weise wie bisher ausgebeutet werden kann. Der Herr vom Centrum hat am Montag sehr schön geredet, damit ist es aber nicht gethan. Ich will die Herren nur daran erinnern, daß sie dahin wirken mögen, daß auch außerhalb dieses Hauses die Angehörigen ihrer Partei der Bewegung der deutschen Bergarbeiter nicht immer Knüttel zwischen die Beine werfen. (Sehr richtig! v. d. Socialdemokraten.) Die Zustände wären für die Bergarbeiter schon bedeutend besser, wenn nicht die Verbeugung der Kapläne außerhalb des Hauses (Obi beim Centrum) so viel Schaden wüßte. Diese Agitation des Centrums gegen die socialdemokratische Arbeiterschaft steht auf einer sehr niedrigen Stufe. Flugblätter sind verbreitet worden, die die socialdemokratischen Arbeiter beschimpfen. (Zuruf aus dem Centrum: Kohlen!) Das hängt eng mit der ganzen Frage zusammen. Ich spreche eben darüber, weil durch solche Verbeugungen die Bergarbeiter zurückgebracht worden sind.

Das merken auch die katholischen Bergarbeiter allmählich. Auch in ihren Kreisen regt es sich. Das beweist das Vorgehen der ober-schlesischen Bergarbeiter, die es in der jetzigen Zeit der Kohlentenerung über sich gewonnen, eine Lohnerhöhung von 25 Proz. zu verlangen. Nicht der Glaube allein ist also maßgebend, und auch die Amtsdorfsche, die Ihrer Partei angehören, sind alles andre, nur nicht unparteiisch. Ich habe es in Oberschlesien selbst erlebt, mit welchem Ton ein solcher Amtsdorfsche den Arbeitern entgegentritt. Verammlungen sind verboten worden; Schaulsperrungen hat man angeordnet.

Wenn Sie wünschen, meine Herren, daß Ihre schönen Worte hier im Hause etwas nützen sollen, daß wirklich Remedur geschaffen werden soll, dann bitte ich Sie dringend, freien Sie ab, die deutschen Kohlengruben in Reichsbesitz übergehen, daß wir ein Reichs-Berggesetz bekommen, daß das Parlament in Zukunft dafür sorgen darf, daß das deutsche Volk eine Ausbeutung in dieser Weise nicht mehr bekommt. (Wohll bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter, Ministerialdirektor Dr. Fischer:

Der Herr Vorredner hat meiner Regierung den Vorwurf gemacht, sie hätte nicht den Mut gehabt, den sächsischen Kohlenmagnaten entgegenzutreten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie rufen: Sehr richtig! Was hätte meine Regierung aber thun sollen? Das einzige Mittel wäre vielleicht ein Ausfuhrverbot gewesen und dazu wäre meine Regierung nicht befugt, abgesehen davon, daß der Nutzen dieser Maßregel noch gar nicht erwiesen ist. — Der Herr Vorredner hat mich weiter auf ein Gebiet laden wollen, das ihm besonders sympathisch ist, da es in dieser Beziehung große Sachkenntnis befißt, ich meine auf das Gebiet der Bergarbeiter-Ausstände. Ich werde aber diesem Sirenenloden nicht folgen. (Heiterkeit.) Jedenfalls werden Sie mir zugeben müssen, daß die Kohlenarbeiter-Ausstände in Scene geschied, damit die Kohlennot dadurch vermehrt und nicht damit sie vermindert werde.

Abg. Camp (Sp.):

Nach unsrer Meinung ist es ganz selbstverständlich, daß sich die katholischen Arbeiter nicht mit den socialdemokratischen Arbeitern verbinden, da diese eben noch Sinn für ihr Vaterland haben. Herr Sachse hat von den hohen Gewinnen der Aktiengesellschaften gesprochen. Die hohen Gewinne sind jetzt nicht zu leugnen, sie folgen aber recht vielen mageren Jahren. Das Kohlen-Syndikat ist hier teilweise mit Unrecht heftig angegriffen. Die Steigerung der Preise ist nicht durch das Syndikat hervorgerufen worden, im Gegenteil es hat ein Verdienst um die Regelung der Produktion erworben. Das Syndikat ist aber den Anforderungen der Exportindustrie nicht gerecht geworden. Der Sachse verlangte die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke. Soweit will ich nicht gehen. Aber auch ich meine, es ist Pflicht des Staats, in Rheinland-Westfalen größeren Grubenbesitz zu erwerben, um dort maßgebenden Einfluß zu gewinnen. In Oberschlesien müssen mehr galizische Arbeiter zugelassen werden. Rationale Interessen kommen dabei nicht in Betracht. Dem Minister des Innern ist der Vorwurf nicht zu erweisen, daß er mit der Aufhebung der Galizier den Kohlenbergbau schwer geschädigt hat. Dagegen verpöchte ich mich von einer Aufhebung der Ausfuhrtarife nichts. Sehr interessant war mir, daß Herr v. Thiele die Befürchtung auspricht, die Kohlen würden bei Aufhebung dieser Ausfuhrtarife auf dem Wasserweg gedrängt. Im Abgeordnetenhaus werden wir auf diese Befürchtung jedenfalls noch zurückkommen. (Sehr gut! rechts.) Auch das Mittel des Ausfuhrverbots würde nichts nützen, denn es müßte partiell für alle Betriebe angewandt







**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**

Sonntag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr,  
im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

**Versammlung für Männer u. Frauen.**

Tages-Ordnung: 221/5\*

Vortrag des Genossen G. Link:

**Die Geschichte der Arbeiterbewegung.**

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.  
Su recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

**Steinarbeiter.**

Sonntag, den 9. Dezember, mittags 1 Uhr, im Englischen Garten,  
Alexanderstraße Nr. 27c:

**Öffentl. Versammlung.**

Tages-Ordnung: 275/15

1. Vortrag des Kollegen P. Ritsche über: Soziale Gefährdung und Arbeiterorganisationen.
  2. Unterhaltungs-Angelegenheiten.
  3. Verschiedenes.
- Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vertrauensmann.

**Verein der Fischer Berlins u. Umgegend.**

Vertrauensmänner-Vereinsaktion.

Sonnabend, den 8. Dezember 1900:

**Zweites Stiftungs-Fest**

im Lokale Königshaus, Große Frankfurterstraße Nr. 117  
Großes Lokal, und Instrumental-Konzert unter gelehriger Mitwirkung  
der Norddeutschen Sänger.

Anfang 8 Uhr. Eintritt inkl. Tanz: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf.,  
find auf den Bahnhöfen zu haben. Das Komitee.  
NB. Die Bahnhöfen bleiben an diesem Abend geschlossen. 1199/15

**Lichtbildervortrag Lungenleiden**

und Schwindsucht: Männer u. Frauen v. Prof. Naturheilk. Grundmann

heute, Freitag, Müllerstr. 178, abends 8 1/2 Uhr.  
Mitglieder u. Kranken-Aufnahme in Naturheilsanstalt  
Köpnickstr. 72, Naturheil. Spr. 11-2, 6-8.

**Zähne 2 M.** Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren von 1 Kr. an  
Schmerzlos, Zahnstichen. Spr. 8-5, Sonntag 8-4  
H. Lange, Dinnendstraße 25, Ecke Markstraße.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Lokal des  
Herrn Dobrich, Bunsenstr. 9:

**Bezirksversammlung für Moabit.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Ingenieurs Herrn Grempe über: Technik und Ber-  
tehrswesen. 2. Diskussion 3. Wahl der Werkstatt-Kontrollkommission.  
4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Die Kollegen von Ruhner und Kahne, besonders der Kollege  
Oldenburg sind dazu eingeladen. 284/16

Am Montag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn  
Schiller, Rosenhallerstr. 57, Hof part.:

**Branchenversammlung der Bürsten- u. Pinselmacher**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Wie schätzen wir uns vor  
der Völkergewalt? 2. Diskussion 3. Verhandlungsangelegenheiten und  
Verschiedenes
- In dieser Versammlung ist jeder Kollege hiermit eingeladen und ver-  
pflichtet zu erscheinen - Ausnahme neuer Mitglieder - Die Adresse des  
Obmanns ist: Paul Fiegel, Kiderstraße 10.

Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
des Herrn Wörschel, Jüdenstraße 35:

**Kommissionsitzung der Drechsler.**

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.**

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr, im Englischen Garten,  
Alexanderstr. 27c:

**Große Versammlung mit Frauen.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Max Schütte über: Die  
Christenbewegung. 2. Diskussion. 145/08
- Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 25 Pf.  
Gäste herzlich willkommen.

Einem genussreichen Abend versprechend, erucht um recht zahlreichen  
Besuch Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Elektromonteur! Achtung!**

**Mitglieder-Versammlung**

am Sonnabend, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr,  
in Uhlis' Vereinslokal, Lindenstr. 96.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Abraham. 2. Wahl einer Lohnkommission.
  3. Erledigung der Anträge. 279/18
- Voss, 1. Vorsitzender.

**Achtung! Elektromonteur und Berufsgenossen.**

Sämtliche in Rigdorf wohnende Elektromonteur werden hiermit  
zu einer am Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, statt-  
findenden Besprechung im Lokal von M. Pohl, Hermannstr. 255,  
eingeladen. 279/17

**Verband des technischen Bühnenpersonals.**

Freitag, 7. Dezember, abends 11 Uhr, Neue Köstr. 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 270/20

Der Streit im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater.  
Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

**Achtung! Brauerei-Arbeiter Berlins u. Umgegend.**

Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr,  
in Kellers Festsaal (großer Saal), Koppenstraße 29:

**Große öffentliche Versammlung**

aller in den Brauereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer, als da  
sind: Brauer, Böttcher, Führer, Blüthner, Stallente, Feiger,  
Maschinisten, Hof- und Kellerarbeiter usw.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag über partielle Arbeitsnachweise.  
Referent: Fräulein Zula. 2. Berichterstattung der Mitglieder im  
Kuratorium des Arbeitsnachweises der Ringbrauereien und Einstellung der  
Kandidaten zum Kuratorium. 3. Das Verhalten der einzelnen Brauereien  
zum Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.
- Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen, da  
der Saal um 5 Uhr geräumt sein muß. 41/0\*

Der Generalsekretär, J. K.: R. Schüler.

**Jahres-Abschluss der Kasse der Landes-Versicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1899**

(nebst Abschluss des Reservefonds für das Jahr 1899).

Der Rechnung	Kapitel   Titel	Einnahme	Ist-Einnahme			
			im einzelnen		im ganzen	
			M.	Pf.	M.	Pf.
I	1	Beitragsleistungen:				
		Erlös für verkaufte Beitragsmarken	6 352 006	12		
		Hiervon ab für vernichtete Beitragsmarken (§ 3 der Vorschriften vom 30. April 1896)	29 831	76		
		bleiben	6 322 174	36		
		Summa Kapitel I			6 322 174	36
II		Zinsen:				
	1	Für Wertpapiere	774 110	63		
	2	Für Darlehen	549 240	38		
	3	Für anderweit belegte Gelder				
		Summa Kapitel II			1 323 351	01
III		Miete und Pacht aus Grundbesitz			2 280	
IV		Zuschüsse aus dem Reservefonds				
V		Erstattung von Rentenzahlungen:				
	1	Invalidentrenten	2 376	28		
	2	Altersrenten	306	05		
		Summa Kapitel V			2 682	33
VI		Strafgelder und andre nicht vorgesehene Einnahmen			10 716	19
VII		Erlös für veräußerte Kapitalanlagen			150 657	39
		Summa der Einnahmen			7 811 761	28
		Hierzu:				
		Bestand aus dem Vorjahre			91 949	70
		sind zusammen			7 903 710	98
		ab: Summa der Ausgaben			7 304 696	47
		Mithin Bestand			599 014	51

Der Rechnung	Kapitel   Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe			
			im einzelnen		im ganzen	
			M.	Pf.	M.	Pf.
I	1	Renten:				
		Invalidentrenten	516 220	32		
		Altersrenten	801 397	82		
		Summa Kapitel I			1 317 617	14
II	1	Kapitalabfindungen an Ausländer (§ 14 des Gesetzes):				
		Invalidentrenten				
		Altersrenten				
		Summa Kapitel II				
III		Kosten des Heilverfahrens (§ 12 des Gesetzes)			294 432	56
IV		Erstattung von Beiträgen:				
	1	In Fällen der Vorbeirung (§ 30 des Gesetzes)	256 034	38		
	2	In Todesfällen (§ 31 des Gesetzes)	65 172	01		
		Summa Kapitel IV			321 206	39
V		Verwaltungskosten:				
	1	Gehälter und Remunerationen der Beamten mit Ausschluss der Kontrollbeamten (zu vergl. Kapitel VIII) und Vergütung für Schreibhilfe	191 152	33		
	2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten bezw. Ersatz für bare Auslagen und für entgangenen Arbeitsverdienst (§ 28 des Gesetzes):				
		a) an Mitglieder des Vorstands und Anstaltsbeamte	3510,24	M.		
		b) an Mitglieder des Ausschusses	525,10	"		
		c) an Mitglieder des Aufsichtsrats		"		
		d) an Vertrauensmänner	9418,25	"		
		Summa Titel 2	13 453	59		
	3	Miete für Geschäftsräume, Aufwendungen für Dienst-Grundstücke (Unterhaltungskosten, Steuern etc), sowie Reinigung, Heizung und Erleuchtung der Geschäftsräume	10 779	01		
	4	Bureau- und Kassenbedürfnisse, Drucksachen, Porto, Insertionskosten, Buchbinder- und Botenlohn	35 965	01		
	5	Anschaffung und Unterhaltung der Inventarien	1 742	75		
	6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- u. Altersversicherung)	762	17		
	7	Pensionen u. Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene	28	78		
		Summa Kapitel V			253 883	59
VI		Kosten der Erhebung bei Gewährung oder Entziehung von Renten			7 689	02
VII		Schiedsgerichts- und sonstige Kosten aus Anlass des Berufungs- und Revisionsverfahrens			16 129	63

Der Rechnung	Kapitel   Titel	Einnahme	Ist-Einnahme		Der Rechnung	Ausgabe	Ist-Ausgabe	
			im einzelnen	im ganzen			im einzelnen	im ganzen
			M.	Pf.			M.	Pf.
VIII	1	Kosten der Beitragserhebung und der Kontrolle:						
		Kosten der Quittungskarten, der Beitragsmarken und des Verkaufs der letzteren (§§ 99 und 101, Absatz 3 des Gesetzes)	16 080	75				
	2	Vergütung an Krankenkassen und andre mit der Einziehung betraute Stellen (§ 112, Absatz 3 des Gesetzes)						
	3	Kosten der Kontrolle (§ 128 des Gesetzes)	33 561	75				
		Summa Kapitel VIII					49 641	50
IX		Kosten der Rechtschilfe (§ 141, Absatz 2 des Gesetzes)					16	45
X		Überweisungen an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind 373 346,70 M. überwiesen)						
XI		Andere nicht vorhergesehene Ausgaben					15 260	35
XII		Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen					5 526 808	64
		Summa der Ausgaben					7 304 696	47

**Reservefonds.**

Der Rechnung	Kapitel   Titel	Einnahme	Ist-Einnahme		Der Rechnung	Ausgabe	Ist-Ausgabe	
			im einzelnen	im ganzen			im einzelnen	im ganzen
			M.	Pf.			M.	Pf.
I	1	Zinsen:						
		Für Wertpapiere	51 355	54				
	2	Für Darlehen						
	3	Für anderweit belegte Gelder						
		Summa Kapitel I			51 355	54		
II		Miete und Pacht aus Grundbesitz						
III		Überweisungen an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind überwiesen 373 346,70 M.)						
IV		Sonstige Einnahmen						
V		Erlös für veräußerte Kapitalanlagen			4 020			
		Summa der Einnahmen			55 375	54		
		Hierzu:						
		Bestand aus d. Vorjahre			52 227	63		
		sind zusammen			107 603	17		
		Summa der Ausgaben			4 882	40		
		Mithin Bestand			102 721	77		

**Abschluss II. Wertpapiere usw. Bar.**

I. a) Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1899 betragen:

1. Die Einnahmen	11 645 344,63 M.
2. Die Ausgaben	11 038 947,51 "

b) Nach den Zu- und Abganglisten der Kasse haben im Jahre 1899 betragen:

1. Die Einnahmen:	
a) Betriebsfonds	44 177 828,52 M.
b) Reservefonds	1 626 377,33 "
c) Voreinnahmen	
d) Vorschüsse	
	45 803 705,85 M.
a) Betriebsfonds	621 474,67 M.
b) Reservefonds	3 911,14 "
c) Voreinnahmen	
d) Vorschüsse	1 001,20 "
	526 387,01 "

Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahrs 1899:

a) Barbestand	586 397,11 M.
b) Bestand in Wertpapieren usw.	45 277 318,84 M.
	45 863 715,95 M.

II. a) Die Jahresrechnung pro 1899 „Betriebsfonds“ schliesst ab mit einem Bestande v. 599 014,51 M.  
Die Jahresrechnung pro 1899 „Reservefonds“ schliesst ab mit einem Bestande v. 102 730,77 M.  
Hierzu treten zusammen 701 735,28 M.  
die am Schlusse des Rechnungsjahrs 1899 vorhandenen Voreinnahmen mit 606,-- M.  
sind 702 341,28 M.  
In Abzug zu bringen sind dagegen die bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1899 nicht erstatteten Vorschüsse mit 115 944,17 M.  
Am Schlusse des Rechnungsjahrs 1899 verbleibt also ein Barbestand (wie oben) 586 397,11 M.

b) Die Zu- und Abganglisten pro 1899 schliessen mit folgenden Beständen ab:

a) Betriebsfonds	43 655 853,85 M.
b) Reservefonds	1 622 466,10 "
c) Voreinnahmen	
d) Vorschüsse	1 001,20 "

Am Schlusse des Rechnungsjahrs 1899 verbleibt also als Bestand in Wertpapieren usw. (wie oben) 45 277 318,84 M.  
45 863 715,95 M.

Vorstehende Rechnungsabschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 18 und 20 der Satzungen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerken veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1899 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 7. November 1900 abgenommen worden ist.  
Berlin, den 30. November 1900.

**Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin.**  
Dr. Freund. Dr. Sträter.







Prozeß Sternberg.

29. Verhandlungstag.

Der heutigen Sitzung wohnt Oberstaatsanwalt Dr. Wächler bei. — Die Zeugin Frau Pfeiffer teilt brieflich mit, daß sie nicht verschwunden, sondern nur recht krank sei und sich jeder Zeit zur Verfügung des Gerichts halte.

Erste Zeugin ist die unverehelichte King, die vor acht Jahren als noch nicht 14-jähriges Mädchen mit dem Angeklagten Sternberg in Verkehr treten wollte, von diesem aber sofort nach Hause geschickt wurde, als er hörte, daß die Zeugin noch nicht 14 Jahre alt war.

Zeuge Arndt überreicht sein Mietbuch zum Beweise dafür, daß er seine Miete stets bezahlt habe, die gegenteilige Behauptung also unrichtig sei.

Der Vorsitzende geht sodann zur Vernehmung des Postassistenten Schulz über, der darüber Auskunft geben soll, warum Zeuge

Stierstädter vom Militär

entlassen ist. Der Zeuge war damals Feldwebel, Stierstädter Unteroffizier und hat mit letzterem dienstlich eine Zwistigkeit gehabt. Das hat dem Hauptmann nicht gepakt und er hat deshalb mit Stierstädter nicht mehr kassiniert. Stierstädter sei ein besonders unflätiger und zuverlässiger Mann gewesen. Der Zeuge ist vom Detektiv Schulze ausgefragt worden und dieser hat gesagt, daß er den Auftrag habe, sich nach dem Verumund des Stierstädter zu erkundigen. — Staatsanwalt Braut teilt hierzu mit: Ein anonymes Briefschreiber, der in dem Heimatort des Stierstädter wohnt, übersandte ihm ein Anschreiben des Detektiv-Instituts „Zus“, in welchem gleichfalls nach dem Verumund und des Stierstädter gefragt wurde. Der Anonymus habe dabei gleichzeitig erklärt, daß der Ruf der Familie Stierstädter der beste sei.

Auf Wunsch des Staatsanwalts wird die Zeugin Schartau, das Dienstmädchen der Täter, nochmals vorgelassen und ernstlich befragt, ob ihre Behauptung, von ihrem Vater 2000 M. zum Einkauf einer Konditorei erhalten zu haben wirklich wahr sei. Sie meint jetzt, sie habe nur sagen wollen, daß die Konditorei so viel wert sei, ihr wird aber nachgewiesen, daß dies entschieden falsch sei. Im übrigen bleibt die Zeugin dabei, daß sie bei der Täter nur einen Herrn bemerkt habe, der der Angeklagte Sternberg nicht war. Nach Ansicht des Staatsanwalts handelt es sich bei dem ganzen Konditoreikauf wahrscheinlich nur um eine Konzessions-schiebung zu Gunsten der Frau Täter. — Die Zeugin erklärt auf Befragen, daß auf sie von keiner Seite eingewirkt sei.

Kriminalhauptmann Ostwald Kirche, über das Vorleben Stierstädters befragt, kann irgend etwas Ungünstiges über ihn nicht sagen. Er befindet sich an einem Vorgang, der sich im Zimmer des Kommissars v. Tressow abspielt, als Polizeidirektor v. Meerfeldt-Hüllessem dort zugegen war und über den Fall Sternberg gesprochen wurde. Herr Stierstädter habe dabei geäußert: Wenn Sternberg freigesprochen würde, so würde er ihn Tag und Nacht oberdieren, und wenn es ein ganzes Jahr dauern würde;

Er müßte run!

Direktor v. Meerfeldt-Hüllessem habe dies gerügt und gefragt, ob er denn recht bei Sinnen sei, solche Äußerung zu thun. Herr v. Hüllessem sei dann nach dem Zimmer des Zeugen gekommen und habe gesagt: Er wisse gar nicht, wie Stierstädter sei; denn wenn zufällig fremde Leute in dem Zimmer gewesen wären und nun der Verteidigung diese Äußerung mitteilen würden, dann würde diese gleich eine Waffe gegen die Polizei in der Hand haben. Zeuge Stierstädter erklärt hierzu, daß diese Äußerung zu der Zeit gefallen sei, als Sternberg über ihn eine Beschwerde losgelassen hatte. — Einige andere Schulleute können Ungünstiges über Herrn Stierstädter nicht sagen. — Zeuge Schumann Waterkamp bekundet: Stierstädter habe ihm erzählt, er kenne Sternberg schon von Jugend auf, er kenne seinen Vater noch von der Zeit, als er mit dem Sad auf dem Budek herumgelaufen sei. Sternberg habe seine (Stierstädters) Verwundte ruiniert und dadurch sein Geld zusammengehockt. — Zeuge Stierstädter: Er habe schon früher erklärt, daß er sich dabei in der Person geirrt habe. Der Mann, den er meinte, sei ein Mann Namens Strauß gewesen. — Auch dem Zeugen Waterkamp hat Herr Stierstädter gelegentlich einmal gesagt: „Der Mann (Sternberg) muß run!“

Kriminalhauptmann Schumann ist f. Z. dem Kriminalkommissar Thiel unterstellt gewesen. Bei einer Gelegenheit hat ihm Herr Stierstädter einmal gesagt: es sei ein wahrer Segen, daß er nicht auf eine andre Sache eingegangen sei, denn sonst würde er bald im Zuchthaus sitzen. Er hat im Auftrag des Kommissars Thiel einmal in einer andern Negativur nachfragen müssen, ob Aktien über Blümke vorhanden seien. Er habe dann weiter den Auftrag erhalten, vorsichtig über den Verumund der Blümkes Recherchen anzustellen, sei zunächst auf das Einwohner-Meldeamt und dann nach der Keilstraße gegangen und habe nur festgestellt, daß Blümkes dort wohnt. Damit hat er sich begnügen lassen, denn er habe gehofft, daß es sich um eine Ermittlung handele, die nicht in das Ressort des Kommissars Thiel (Kollidierstraße) fiel. Er habe keine weiteren Aufträge nach dieser Richtung hin erhalten, wisse nicht, ob Thiel bei Blümkes war und habe auch sonst weiteres nicht von Thiel über die Sternberg-Sache gehört.

Kriminalhauptmann Schumann hat von dem Besitzer der Döbberischen Konditorei in der Matkenowstraße gehört, daß die Callis gestern in Bezug auf Thiel sich geäußert habe: Nun hat ja der Oase doch alles eingestanden.

Kriminalhauptmann Schulz ist einmal mit Stierstädter beim Kommissar Thiel gewesen, um amtliche Dinge zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit habe Thiel zu Stierstädter gesagt: „Sie könnten ja eine wunderbare Stellung bekleiden, wenn Sie sich pensionieren lassen. Sie könnten in die Freimonterloge, deren Mitglied ich bin, als

dienender Bruder

eintreten, wo Sie täglich 10—20 M. verdienen können!“ Der Zeuge hat dann dem Herrn Stierstädter zuerst gesagt: „Das wäre ja eine Stelle, die man so nebenbei versehen könnte“, bald darauf hat er ihm aber gesagt, er solle sich doch versehen, denn die Sache komme ihm komisch vor. — Angekl. Sternberg wünscht zu wissen, ob ihm Herr Thiel irgendwelche Andeutungen dahin gemacht habe, daß er ihn (Sternberg) näher kenne. Zeuge Stierstädter weiß darüber nichts; Herr Thiel habe ihm nur angedeutet, daß er früher einmal eine Sache zu bearbeiten hatte, in welcher Sternberg als Zeuge fungierte. Zeuge Stierstädter versichert, daß er damals die Thiel'sche Offerte bezüglich der Stellung als dienender Bruder ohne Arg aufgefaßt hatte.

Kriminalhauptmann Schulz bekundet noch auf Befragen des Staatsanwalts: Nach einer Mitteilung des Kriminalhauptmanns Schelenz habe der Detektivdirektor Schulze vor Beginn dieser Verhandlung ihn vor dem Zimmer 104 des Polizeipräsidiums angesprochen und sich auch zum Prozeß Sternberg geäußert, indem er sagte: Stierstädter werde diesmal hineinfallen, denn die Zeugen würden jetzt anders ausfallen. Als dann der Prozeß schon mehrere Tage im Gange war, habe Herr Schelenz den Schulze auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes getroffen und habe ihn gefragt: „Na, was sagen Sie denn nun? Sie haben doch gesagt, die Zeugen würden diesmal anders ausfallen?“ Herr Schulze habe darauf so geantwortet, als ob er Herrn Schelenz gar nicht kenne und ihm erwidert: „Wenn Sie beschwören würden, daß ich so etwas gesagt habe, würden Sie einen Meineid leisten.“ — Der Gerichtshof beschließt, den Kriminalhauptmann Schelenz sofort als Zeugen vorzuladen.

Darauf tritt eine kurze Pause ein.

Neue Vernehmungen.

Nach der Pause äußert sich der Vorsitzende namens des Gerichtshofs über einige Anträge. Der Gerichtshof hat die Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen über den Verumund des Zeugen Arndt abgelehnt, da dies mit der Straffase selbst nicht in Zusammenhang stehe. Einer Reihe der übrigen gestern von der Verteidigung gestellten Beweisangebote giebt der Gerichtshof statt und ordnet die Ladung zahlreicher Zeugen an. Auch Fräulein Pfeiffer und Fräulein Clara Fischer sollen noch einmal vernommen werden, letztere über die Handschrift in den Modell-Annoncen, jedoch nur für den Fall, daß Margarete Fischer aus New York nicht hierher kommt und selbst über dieses Thema befragt werden kann.

Rechtsanwalt Fuchs I beantragt, den Vater des gestern vernommenen Zeugen Wohl und den Handlungslehrer des letzteren über den Geisteszustand desselben zu vernehmen. Der Gerichtshof behält sich einen Beschluß hierüber vor.

Der alsdann vernommene Kriminalhauptmann Frieze bekundet, daß er Rechtliches über Herrn Stierstädter nicht sagen könne.

Der siegesichere Detektiv-Direktor.

Kriminalhauptmann Schelenz bestätigt seine Begegnung mit dem Detektiv-Direktor Schulze auf dem Polizeipräsidium, acht bis 14 Tage vor dem jetzigen Prozeß. Schulze habe vom Sternberg-Prozeß angefangen und gesagt: Diesmal falle Herr Stierstädter hinein und auch für andre Leute werde die Sache schlecht werden. Er habe die ganzen Detektiv-Ermittlungen zu leiten, Geld spiele keine Rolle; er habe schon jemand aus dem Zuchthaus geholt und werde auch den Angeklagten Sternberg freilassen. Die Zeugen würden anders ausfallen, als sie ausgesagt haben. Der Zeuge ist empört darüber gewesen, als er Herrn Schulze dann auf dem Gerichtskorridor traf und dieser es ableugnete, so daß es Gespräch geführt zu haben. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello erklärt der Zeuge, daß er damals die Unterredung seinem Vorgesetzten, Kriminalinspektor Götz, mitgeteilt habe. — Staatsanwalt Braut giebt seine Ansicht dahin kund: Wahrscheinlich sei Herr Schulze zuerst sehr siegesgewiß gewesen und habe geglaubt, die Sache würde sehr bald zu Ende sein, da Frieda Wopda und andere umgefallen. Als er dann gesehen, daß er sich getäuscht, sei ihm die zweite Begegnung mit dem Zeugen gewiß unangenehm gewesen.

Zeuge Pieske, der jetzt sein Jahr abdicent, war früher als Rechtsanwaltdat im Institut „Zus“ beschäftigt und hat Recherchen über die Frieda Wopda angestellt, indem er von dritten Personen Erkundigungen einzog. Er that dies in Gemeinschaft mit Herrn Schulze, Herrn Jänike und Herrn Obst. Die Erkundigungen seien sehr reich vorgenommen worden. Der Zeuge ist etwa im Mai ausgeschieden, weil ihm die Tätigkeit im Institut nicht mehr zusagte; für diese habe er selbst 5 M. täglich bekommen. Herr Schulze täglich 100 M. Herr Schulze habe seinerseits großes Interesse für die Erlangung von Extrahonoraren an den Tag gelegt, der Zeuge selbst hat solches Extrahonorar nie bekommen. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß er nur aus allgemeiner Abneigung gegen die ganze Beschäftigung aus dem Institut ausgeschieden sei, nicht etwa deshalb, weil er in den Geschäftspraktiken etwas Unanständiges bemerkt hätte.

Eine neue Sensation.

Die Vernehmung wird hier unterbrochen. Staatsanwalt Braut teilt mit: Die Zeugin Callis habe foren bei dem Untersuchungsrichter eine eblische Aussage abgegeben, die Anlaß gebe, sie sofort noch einmal zu vernehmen. Die Callis wird vorgelassen und erklärt: Sie wolle jetzt die Wahrheit sagen. Sie kenne Herrn Sternberg doch und habe etwa sechsmal in der Fischerischen Wohnung mit ihm verkehrt gehabt. Sie habe sich auf die Modell-Annoncen bei der Fischer gemeldet, da habe sie den Angeklagten Sternberg getroffen. Die Zeugin giebt über die Einzelheiten dieses Verkehrs jetzt Aufschlüsse, die ihren letzten Aussagen gerade entgegen stehen und mit den Behauptungen der Anklage übereinstimmen. Sie erkenne den Angeklagten bestimmt wieder, ein Jurium sei ganz ausgeschlossen. Frau Stabs habe ihr gesagt, zum Schwur komme es bei ihr ja doch nicht, sie brauche den Angeklagten also nicht wieder zu erkennen. Ebenso habe Herr Wolf und Frau Saul zu ihr gesprochen. Von diesen habe sie im ganzen etwa 170 M. erhalten, ebenso habe ihr Frau Stabs Geld gegeben. Als die Zeugin heute in das Zimmer des Untersuchungsrichters gerufen wurde, habe ihr die Stabs ein Zeichen gegeben, indem sie den Finger auf den Mund legte und ihr zurief: Nicht verplappern! Man habe ihr immer gesagt, es werde schon besorgt, daß sie nicht zum Schwur komme, und Frau Stabs habe sie immer beruhigt, sie käme nicht zum Schwur. Sie habe dies auch geglaubt und hätte auf keinen Fall einen Meineid leisten wollen. Die Zeugin behauptet auf Befragen, daß sie auch den Kriminalkommissar Thiel mit Bestimmtheit als den Mann wieder erkenne, der mit Lappa bei der Hausmann gewesen sei und mit ihr gesprochen habe. Sie habe ihn damals so gleich als den Mann erkannt, der im Zimmer des Herrn v. Tressow gefessen habe, und deshalb gesagt, als er sich für einen Verwandten Sternbergs ausgab.

Der Staatsanwalt beantragt, die Aussagen der Zeugin Callis, soweit sie sich auf Frau Stabs und Herrn Wolf und Fräulein Saul beziehen, zu protokollieren.

Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello bestätigt die Zeugin Callis, daß sie schon 14 Jahre alt war, als sie bei der Fischer verkehrte.

Die Aussage der Callis wird protokolliert, nachdem die Zeugin Stabs und Zeuge Wolf ihr gegenübergestellt worden waren. Beide erklären die Behauptungen der Callis für unwahr. Frau Stabs will ihr nur hin und wieder kleinere Beträge geliehen haben, Wolf behauptet, daß er nur täglich 2 M. Taschengeld für die Callis gezahlt habe, damit sie nicht verhungere.

Bei der Protokollierung erklärt die Zeugin Callis noch, daß Frau Saul auf ihre Besorgnis, daß sie doch wohl verurteilt werden würde, geantwortet habe: wenn sie zum Schwur gebracht werden sollte, würde man sie ins Ausland bringen.

Stabs und Wolf verhaftet.

Staatsanwalt Braut: Auf Grund der Zeugenaussage der Callis erkläre ich die Zeugin Stabs und den Zeugen Wolf für vorläufig festgenommen und beauftrage zwei Polizeibeamte, sie sofort abzuführen. — Dies geschieht.

Zeugin Callis bekundet auf Befragen weiter: Sie habe auch die Leichert mit zur Fischer genommen. Die Leichert sei damals schon kein unbescholtenes Mädchen gewesen und die Fischer habe derselben zugeredet, sie solle schließlich sagen, sie sei über 14 Jahre alt. Ferner behauptet die Callis: Frau Leichert, die Mutter des Mädchens L., habe von der Stabs und dem Frau Saul gleichfalls wiederholt Geld erhalten, und zwar halberweise. — Frau Leichert behauptet, daß ihr Mann im Ananenhause liege und nichts verdienen könne. Sie selbst sitze hier nun täglich von früh bis spät auf dem Gericht und habe sich von der Stabs und von der Saul etwas Geld geliehen. Die Frage des Staatsanwalts, ob sie oder ihr Mann nicht 500 M. erhalten habe, verneint die Zeugin mit großem Nachdruck.

An die Zeugin Callis wird ferner die Frage gerichtet, ob ihr in das Krankenhaus einmal Blumen geschickt worden seien und darunter 300 M. gelegen haben. Die Zeugin erklärt, nur Blumen erhalten zu haben, von 300 M. aber nichts zu wissen.

Angeklagter Sternberg: Bei dem so genannten Gedächtnis der Zeugin müßte sie nun doch genaue Weisheit geben können, ob

sie mit demselben Herrn, mit dem sie bei der Fischer verkehrte und der nun wieder ich sein soll, auch bei der Krüger verkehrt hat oder nicht? — Zeugin Callis: Nach meiner Erinnerung: Nein.

Die weitere Verhandlung wird hier abgebrochen und auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Die Zeugin Ehlerz erregt schließlich noch eine lärmende Scene. Sie verlangt mit ihrer anwesenden Mutter sprechen zu dürfen und als der Vorsitzende dies nicht gestatten will, da die Zeugin nicht mit einander sprechen sollen, wird die Ehlerz sehr ausfallend. Sie erklärt mit lauter Stimme, daß sie ihre Mutter doch sprechen werde und wenn man es ihr zwanzigmal verbieten würde, sie sei in einer Erziehungsanstalt und nicht in einem Gefängnis, ihre Mutter würde sie doch nicht beeinflussen, es wäre doch noch schöner, ihr das Sprechen mit ihrer Mutter zu verbieten als so. — Der Staatsanwalt beantragt, die Ehlerz wegen Ungebühr vor Gericht in eine Ordnungstrafe zu nehmen. — Der Gerichtshof verurteilt sie zu 3 Tagen Haft, zu deren Verbüßung sie sofort abgeführt wird. Sie schreit beim Weggehen höhnisch: „Meinetwegen schäme ich!“

lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Tagelohn der Straßenreinigungsdienstleistungen (Schneeschipper) von 2,25 M. auf 2,50 M. erhöht. Der Magistrat hatte nur 2,00 M. vorgeschlagen, und auch dazu hatte er sich nur deshalb bequemt, weil die Direktion der Straßenreinigung bei dem bisherigen Lohnsatz unter der Konkurrenz der Straßenbahn-Gesellschaft zu leiden hat, die bei großen Schneefällen die erforderliche Zahl von Arbeitskräften rascher bekommt, da sie 2,50 M. zahlt. Die Erhöhung auf 2,50 M. war von freisinniger Seite beantragt worden, während ein sozialdemokratischer Antrag, der von unjüdischen Genossen Koblenger begründet wurde, 3 M. vorschlug. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Auch bei dem linken Flügel des Freisinn fand er keine Unterstützung. Herr Goldschmidt erklärte in seiner Begründung des weniger weit gehenden freisinnigen Antrags, daß ihm die Erhöhung auf 3 M. eigentlich sympathischer sei, aber als der sozialdemokratische Antrag vor dem feindlichen zur Abstimmung kam, rührte auch er seine Hand. Es versteht sich von selbst, daß unsre Genossen nachher mit für den Antrag Goldschmidt eintreten.

Der größten Teil der übrigen Sitzung widmete die Versammlung der Beratung der Magistratsvorlage über die Verlegung des Friedrichswerderschen Gymnasiums nach Roabit und des Antrags Perls, der die Errichtung einer höheren Lehranstalt vor dem Hallschen Thor oder die Verlegung einer solchen nach diesem Stadtteil fordert. Die Angelegenheit wurde mit einer Gründlichkeit und Ausdauer erörtert, wie wir sie auch für manche andre Debatte wünschen möchten, z. B. wenn die Volksschule in Frage kommt. Vorlage und Antrag wurden nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Die Magistratsvorlage über die neuen Einheitsätze für die Errichtung der Waisenpflanzkosten hat nicht den Beifall des zu ihrer Prüfung eingesetzten Ausschusses gefunden. Verteidiger des Ausschusses war Genosse Tressow, der noch einmal das Unhaltbare der vom Magistrat in dieser Sache befolgten Grundzüge nachwies. Bürgermeister Brinkmann hatte die unabweisbare Aufgabe, gleich bei dem ersten Mal, wo er als Vertreter des Magistrats in der Versammlung das Wort ergriff, eine so schlechte Sache zu verteidigen. Ob er es aus Ueberzeugung that, blieb zweifelhaft. Er sprach zugleich für und gegen die Vorlage, um schließlich — wie es der ihm gewordenen Auftrag erforderlich — wiederum für sie einzutreten. Sie wurde zu noch-maliger Prüfung an den Ausschuss zurückgegeben.

Die Sternberg-Affaire bringt jetzt Tag für Tag überraschende Ereignisse. Am Mittwoch das Geständnis des Kriminalkommissars Thiel und gestern der „Anfall“ der Callis, die unumkehrbar entgegen ihrer früheren Behauptung sich zu der Mitteilung bequemt hat, daß Sternberg doch mit ihr im Verkehr gestanden. Allerdings sei sie damals bereits über 14 Jahre alt gewesen. Als neueste Sensation beachte gestern noch das „Berl. Tagebl.“ die Meldung, daß Polizeidirektor v. Meerfeldt-Hüllessem sich erschossen habe. Die Mitteilung ist unwahr.

Frau Lappa, die Ehefrau des fälligen Angeklagten im Sternberg-Prozeß, hat, wie die Blätter berichten, seit Dienstag Berlin verlassen und sich vermutlich nach London zu ihrem geistig verwirrten Vatten begeben. Nachdem Kriminalkommissar Thiel ein Geständnis abgelegt hat, das ihm die Justizhauslade und dem Lappa das Gefängnis sichert, wird dieser sich hüten, den sicheren englischen Boden zu verlassen.

Interessant ist, daß die „Kreuzzeitung“, die für eheliche Leute, wenn diese Sozialdemokraten sind, nichts schändlicher herbeiwünscht, als dentale Drangsalierung durch Ausnahmegesetze, dem Polizeikommissar und meinelidigen Justizhausladenden Thiel gegenüber plötzlich ihr — Christenherz entsetzt. In der Hammersteinspoie verdröhrt das Blatt überaus silboll die frommen Augen:

In dem Bewußtsein, daß er dereinst vor seinem himmlischen Richter, den er bei seiner falschen Aussage zum Zeugen anerkennen hat, werde Rechenschaft ablegen müssen, hat er dem jüdischen Richter die Handhabe gegeben, über ihn eine schwere Strafe zu verhängen. Diese Haltung ist wohl geeignet, in uns als Christen Mitleid für den unglücklichen und verführten Mann zu erwecken. Aber darüber dürfen wir nicht vergessen, in wie frevelhafter Weise in dem Prozesse von der verderblichen Macht des Goldes Gebrauch gemacht worden ist.

Der Umstand, daß ein Beamter in verantwortungsvoller und geachteter Stellung der Verführung zum Opfer gefallen ist, wird von der „Kreuzzeitung“ „geradezu erschütternd“ genannt. Nun, die Geschichte ist ja gewiß keine Bagatelte.

Aber haben wir doch mit der Polizei schon Dinge erlebt, die weit bedenklicher sind, als der Fall Thiel, der immerhin nur Einzelperson in seine Kreise gezogen hat. So schäme die Affäre an sich ist, für das Staatswesen hat sie einen weit geringeren Belang, als z. B. unter dem Sozialistengesetz die Angelegenheiten, die sich um Personen wie Jhring-Mahlow und Raporra drehten. Heute, die nach Ausübung ihrer Heldenthaten von Puttkamer in Gestalt des Allgemeinen Ehrenzeichens eine eklatante Genußnahme erhielten; der Fall Thiel streift in seiner symptomatischen Bedeutung auch keineswegs an die Schlapfen, die sich Beamte der Polizei, um nur wenige Beispiele zu nennen, vor wenigen Jahren im Tausch-Prozeß und im Stadthagen-Prozeß vom Oktober 1898 geholt haben.

Immerhin soll anerkannt werden, daß es ein Unterschied ist, ob die „Kreuzzeitung“ über einen Säufer wie Thiel heiße Christenbrüder verzieht, oder ob sie Polizeibeamten wie die eben berührten fromm bemantelt oder gar verteufelt.

Aus dem Reiche des Herrn v. Thielen. In Weichenstellern erster Klasse (Kollektoren-Ausschüssen) werden neuerdings vielfach Bureaugehilfen ausgebildet. Das bedeutet für die unteren Weichensteller eine empfindliche Zurücksetzung, da ihnen die Aussicht, es zu einer etwas besseren Stellung zu bringen, dadurch vielfach abge-schnitten ist. Die ehemaligen Bureaugehilfen werden als Halbe-stellen-Ausschreiber regelrechte Dromte, was sie in ihrer früheren Eigenschaft schwerlich geworden wären. Die Prüfung eines Kandidaten zu diesem Amt weicht von der Stationsassistenten-Prüfung nur um ein geringes ab. Nach der Prüfungsordnung muß der Weichensteller erster Klasse im Stations-, Telegraphen-, Rangier- und Abfertigungsdienst seinen Mann stellen und anserdem den Fahrkarten-Verlauf kennen. Trotzdem hat der Halbestellen-



Kuffcher das Bewußtsein, bei einem Höchstgehalt von 1600 M. nie ein künftiger Beamter werden zu können, während die offiziellen Rangiermeister und Telegraphenassistenten bei einem Gehalt von 1800 M. in einer gewissen Zeit zu Beamten avancieren. Auch giebt es Weichensteller 1. Klasse, welche auf Grund ihrer langjährigen Thätigkeit zu solchen ohne Prüfung ernannt werden und mit Leuten, welche eine halbjährige Ausbildung genossen haben, auf einer Rangstufe stehen. Keinerlich, in der Uniform, rangieren die erwähnten Weichensteller trotz ihrer schweren Verantwortung als niedere Angestellte. Kein Wunder, daß sie sich zurückgesetzt fühlen.

**Seife ist die Hauptsache.** Ein Berliner Korrespondent der „Gamb. Nachr.“ erzählt folgende kleine Geschichte: „Als der Kaiser Herr v. Bülow in Homburg ankündigte, daß dieser nun Reichslanzler sei, freute sich Graf Bülow selbstverständlich respektvoll und vielleicht auch von Herzen. Dann aber glitt doch ein etwas nachdenklicher Zug über sein Gesicht, so daß der Kaiser sich zu der Frage genötigt sah: „Warum das, Bülow? — Herr von Bülow entgegnete, seine Frau sei ihm eingefallen; gegen das Reichslanzleramt habe sie nichts, doch viel gegen das Reichslanzlerpalais; denn während ihr jetziges Heim ein wahres Schmuckstück sei, würde man im Reichslanzlerhaus sicher vor Jahresfrist nicht mit dem „Großreinemachen“ fertig werden.“ „Grüßen Sie die Gräfin“, antwortete Majestät weiter, „und sagen Sie ihr, ich würde das Reine für das Großreinemachen beitragen.“ „Ich weiß nicht, wie Herr v. Bülow sich diese Worte bedeutet hat. Vielleicht gar nicht; vielleicht hat er auch gehofft, des Kaisers Wille würde eine durchgreifende Renovierung des Reichslanzlerpalais durchsetzen. Jedenfalls wurde einige Tage später bei der Gräfin Bülow ein gewichtiges Paket abgegeben — und zwar auf kaiserlichen Befehl. Es enthielt — einen Centner Seife — den versprochenen Beitrag zum „Großreinemachen“ im Reichslanzlerpalais.

**Zu den akademischen Wahlen.** Wir werden im Abdruck folgender Mitteilung erlauchet: „Begreifliches Aufsehen erregte in der Studentenschaft die seltsame Thatsache, daß der Socialwissenschaftliche Studentenverein als dritten Kandidaten einen Herrn aufstellte, der seiner Zeit gegen den Antrag des Vereins, die Festschalle an den Sonntagnachmittagen für jedermann aus dem Volke zu öffnen, gestimmt hatte, aus der Besetzung, „dadurch könne die Studentenschaft in unangenehmer Verührung mit gewissen kleinen Tieren kommen.“ Der betreffende Herr hat außerdem noch vor einem halben Jahre die antimilitärische nationale Partei im Direktorium der Festschalle vertreten, die bekanntlich gegen alle Reformen auf socialen Gebiete eintritt. Wir finden diese Schenkung des Vereins unbegreiflich und hoffen, daß diese Kandidatur möglichst bald zurückgezogen wird.“

**Glendkattik.** Im Männerklub des Berliner Kgl. Vereins für Obdachlose nächst dem im Monat November 20 780 Personen, im Frauenklub 4521 Personen. Arbeitsnachweis erbitet der Verein für Männer Wiesenstraße 55/59, für Frauen Köpckeplatz 5. Auch wird um gütige Zuwendung von getragenen Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhe und Stiefeln gebeten, da bei der Ueberfüllung der Asyls die Gegenstände vorzügliche Verwendung finden. Die Sachen werden gern abgeholt. Der Verein bittet um kurze Mitteilung auf einer 2 Pf. Postkarte an vorstehende Adressen.

**Der frühere Vorstand des Rabatt-Spartvereins Rosenfelder** teilt mit, daß ihm in der Angelegenheit des Vereins keinerlei Verfolgung zur Last zu legen sei, da er nach Hinweis der Wähler und Protokolle bei Niederlegung des Amtes im Juni vorigen Jahres die Kasse in ordnungsmäßigem Zustande dem neuen Vorstand überliefert hat.

**Verluste vom elektrischen Kriegsschiffplan.** Die Zahl der Opfer der Großen Berliner war im Monat November erfreulicherweise geringer, als in den vergangenen Monaten. Durch Ueberfahren getötet wurden am 6. November der aus Breslau zugewiesene Tischlermeister Gustav Krod, am 8. die geborne Hofräthin Pahl an der Halensee-Brücke und am 27. der Kaufmann Max Kalbow, insgesamt drei Personen gegen acht Tote im Oktober. Ebenso hat sich die Zahl der Schwerverletzten, unter denen sich auch ein Wagenführer der Straßenbahn befindet, verringert. Sie beträgt 8 gegen 10 im Vormonat. Hingegen ist die Zahl der Leichtverletzten von 9 auf 14 gestiegen. Während die Unfälle durch Ueberfahren, wahrscheinlich infolge der größeren Vorkehrung des oft genug gewarnten Publikums, abgenommen, hat sich sonderbarer Weise die Zahl der Zusammenstöße vermehrt. Wie wenig man übrigens aus der kleinen Verlustziffer im November auf eine gründliche Besserung der Zustände schließen darf, beweist der Umstand, daß in den ersten 5 Tagen des laufenden Monats durch die Große Berliner bereits 2 Personen getötet und 7 schwer verletzt worden sind.

**Zu dem Sturz des Tischlers D.** aus der dritten Etage des Hauses Adalbertstraße 94, bei welchem der Unglückliche auf einen den Hof passierenden Briefträger aufschlug und diesen verletzte, wird mitgeteilt, daß D. seiner Verwundung im Krankenhaus am Urban erlegen ist.

**Das Polizeipräsidium teilt mit:** Wie gewöhnlich zur Weihnachtzeit, so tritt auch in diesem Jahre ein Schwindler auf, welcher Dienstmädchen ansucht, diesen vorzuschwindeln, daß die Herrschaft Sachen gekauft hätte, ihnen dann ein kleines Paket übergibt und den Betrag dafür einliefert. Bisher hat der Schwindler nur die Bororie, insbesondere Charlottenburger zum Schauplatz seiner Thätigkeit ansetzen. Derselbe wird wie folgt beschrieben: Aussehend Hausdiener, 18 bis 20 Jahre, 1,58 bis 1,60 Meter groß, Haare schwarz, Augenbraunen dunkel, Nase und Mund gewöhnlich, ohne Bart, rundes, blaues Gesicht, schlank, graue Zöpfe, schwarzer weicher Hut. Vor dem Schwindler wird gewarnt.

**Zwei Revolver-Affären** haben gestern den Nordosten und Süden der Reichshauptstadt in Aufregung versetzt. Gestern nachmittag wurde das 18 Jahre alte Fräulein Corinna, welches bei ihrem Schwager, dem Druckerbesitzer Ulrich wohnhaft ist, mit einer schweren Verletzung am Kopf in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert. Herr Ulrich ist Eigentümer des Hauses Neu-Hohenschönhauserstraße 4 in Wilhelmshagen und zu seinen Mietern gehört der Schriftsteller Steffens, mit dem er schon wiederholt Streitsigkeiten gehabt hatte. Gestern mittag kam St. von einem Ausgange zurück und als er den nach seiner Wohnung führenden Hausflur betrat, wurde er von einem dem St. gehörigen Hunde angefallen. Der Schriftsteller forderte den in diesem Augenblick den Flur betretenden Hausbesitzer auf, das bössartige Tier zurückzurufen, widrigenfalls er es erschießen würde. Gleichzeitig zog er einen Revolver aus der Brusttasche und feuerte blindlings drei Schüsse ab. Fräulein C., die durch die laute Stimme ihres Schwagers beunruhigt, in diesem Augenblick den Flur betrat, wurde unglücklicherweise von einem Schuß am Kopf getroffen und so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Einen glücklicheren Verlauf nahm eine Revolver-Affäre, die als Mord- und Selbstmordversuch zu bezeichnen ist. In dem Hause Oranienstraße 44 wohnt die 36 Jahre alte Waise Witwe Anna Gronke, welche früher an den jetzt 24 Jahre alten Kellerer Walter Krone ein Zimmer vermietet hatte. Zwischen A. und der Witwe entspann sich ein freundschaftliches Verhältnis, welches trotz des Altersunterschieds der beiden zu einem stillen Verlöbnis führte. Seit mehreren Monaten war St. beschäftigungslos und da er sich nach Meinung der Waise um neue Arbeit nicht bekümmerte, kam es zwischen dem Paar zu Streitigkeiten, die dahin führten, daß die Witwe dem Kellerer kündigte und dieser die Wohnung verlassen mußte. A. machte wiederholtlich Annäherungsversuche und kam auch gestern abend nach der Waise Wohnung, wo es zwischen ihm und der Waise zu einem Wortwechsel kam. Pöflich zog der Kellerer einen Revolver und gab einen Schuß auf seine ehemalige Geliebte ab, diese liegt an der rechten Kopfseite fixiert, und richtete dann die Waffe gegen sich. A. verletzte sich jedoch nur leicht am Ohr und wurde, nachdem ihm auf der Sanitätswache in der Adalbertstraße ein Verband angelegt, in Haft genommen. Er behauptet, daß er die G. nur habe erschrecken wollen.

**Der Weihnachtssäume-Markt** am Großgörlitzen-Bahnhof weist bereits annähernd 150 Waggons Säume auf. Auffällig ist in diesem Jahre der Mangel an Silber- und Doppeltannen. Beide Sorten sind nur in wenigen Waggons vorhanden und ist ihr Preis dementsprechend hoch. Kleinere Silber-tannen werden mit 60 M., mittlere mit 90—120 M. und Herrschaftssäume mit 120 bis 250 M. pro Schock an Wiederverkäufer offeriert, während das Schock Doppeltannen Preise bis zu 75 M. erzielt. Die Silber-tannen werden aus Bayern, Böhmen und Galizien bezogen, während die Doppeltanne aus Thüringen und dem Harz herbeigeschafft wird. Die Zahl der aus letztgenannten Gegenden nach Berlin gebrachten Christbäume nimmt von Jahr zu Jahr ab, besonders in Stammsäumen, da markt-fähige Ware immer seltener wird. Die auf Holzanktionen zu Tausenden angebotenen, bereits aufgefertigten Säume kommen für den Berliner Markt fast gar nicht in Betracht, da sie nur mittelmäßige und geringe Ware bieten. Der Hauptlieferant für Stammsäume ist seit einigen Jahren Schleswig-Holstein. Die dortigen Bauern haben bald herausgefunden, daß sich hier eine hübsche Einnahmequelle bietet. Sie holten deshalb ihre 10 jährigen Pflanzbestände einfach ab und bepflanzten sie sofort wieder.

**Göncz Todestritt** ist bestätigt und dem Angeklagten gestern zugestellt worden. Im Laufe des Nachmittags wurde Göncz nach Pöngsen gebracht und soll die Hinrichtung heute früh erfolgen.

**Unabsehbare Folgen** hätte leicht ein Fabrikbrand haben können, der Donnerstagsabend gegen 7 Uhr in der Celluloidwarenfabrik von Brauer u. Zander, Köpckeplatz 94, zum Ausbruch kam. Die Fabrik beschäftigte gegen 60 Arbeiterinnen, die größtenteils um 6 Uhr Feierabend gemacht hatten, während außer dem Comptoirpersonal noch etwa zehn Mädchen zurückgeblieben waren. Als sich dieselben ebenfalls zur Heimkehr rüsteten, zerplatzte in dem einen Arbeitsraum eine elektrische Glühlampe und setzte im Ru den feinen Celluloidstaub und die umherliegenden fertigen und unfertigen Materialien in Flammen. Glühbirne erschollen, und in wilder Hast särgten die oben anwesenden Personen unter Mühsal ihrer Garderobe nach den beiden Ausgängen, so daß sie unversehrt das Freie gewannen. Wäre das gesamte Personal noch anwesend gewesen, wären Schreckensszenen unausbleiblich geworden, da binnen wenigen Sekunden die Flammen aus sämtlichen Fenstern der im dritten Stock belegenen Arbeitsräume schlugen. Die benachbarte Feuerwehrt aus der Köpckeplatzstraße war schnell zur Stelle und griff mit mehreren Dampfspritzen- und Hydrantenrohren erfolgreich ein. Die notwendige Abloschung währte jedoch 1 1/2 Stunden. Sechs Arbeitsräume brannten total aus.

**Ein großer Dachstuhlbrand** wütete in der Nacht zu gestern in dem Gebäude Kamlerstraße 6. Gegen 11 Uhr bemerkten Gäste eines gegenüber der Brandstätte liegenden Lokals Rauch aus den Zulen steigen, und als kurze Zeit darauf die Feuerwehrt eintraf, fand sie bereits ein in hellen Flammen stehendes Gebäude, dessen brennende Flügel nach der Kamlerstraße und nach der Puchnerstraße die Nebengebäude in die größte Gefahr brachten. Nach zwei-stündiger angestrengter Thätigkeit der Feuerwehrt mit Dampfspritzen und mechanischer Leiter war die Kraft des Feuers gebrochen, und als gegen 1/2 Uhr ein starker Regen begann, konnte jede Gefahr als beseitigt angesehen werden.

**Feuerbericht.** Im Laufe des gestrigen Tags hatte die Wehr Mantelstraße 62 und Reinholdstraße 59 keine Wohnungsbrände und Kottbuscher Ufer 64, sowie Elisabethstraße 56 unerhebliche Kellerbrände zu beseitigen. Joachimstraße 4 brannten Risten und Dedeln, während Friedrichstraße 17 die Verpackung eines elektrischen Kabels Feuer gefangen hatte. Vorher mußte die vierte Compagnie Waldstraße 58 einen Dachstuhlbrand ablöschen, der auch mehrere mit Hausrat gefüllte Bodenkammern einschloß. Dredenerstraße 88 waren Kohlen und Spähne in einem Maschinenraum in Brand geraten, der aber im Keime erstickt wurde.

**Die Neue Freie Volksbühne** veranstaltet am Sonntag, den 9. d. M., abends 6 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, ein Künstlerkonzert, ausgeführt von der Berliner Kammermusik-Vereinigung. Mitwirkende: Martha Hornig, Klavier; G. Venzenski, Violoncell; D. Puschke, Violine; R. Stibitz, Kontrabaß; K. Kurth, Fagott; F. Flemming, Oboe; P. Köhler, Horn. Billets à 50 Pf. sind an der Abendkasse zu haben.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** beschäftigte sich am Mittwoch fast die ganze Sitzung hindurch mit der Vorlage über den Verkauf des Karpfenteichgeländes. Es handelt sich um ein Gelände, das ursprünglich einen tiefen Teich bildete und im Lauf der Jahrhunderte zugewachsen ist. Die Besitzer haben es in einem unwürdigen Zustand belassen und dadurch die Entwicklung jener Gegend, namentlich die Bebauung der angrenzenden Straßenzüge aufgeschoben. Um eine gründliche Besserung der Verhältnisse in jener Gegend herbeizuführen, beantragte der Magistrat den Verkauf des Geländes für 420 000 M. (200 M. pro Quadratmeter), um dasselbe zur Anlage einer Baumschule oder zur Herstellung von Gärten und Parkanlagen auszugeben beziehungsweise einen Spielplatz darauf zu errichten. Der Ausschuss schloß sich diesem Antrage an und beantragte außerdem noch, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und in welchem Umfang die Besitzer der angrenzenden und benachbarten Grundstücke zu den Kosten des in Frage stehenden Grunderwerbs und den späteren Aufwendungen zur Regulierung des besagten Terrains herangezogen werden können. — Wiber Erwarten bekämpfte die Fraktion der Unpolitischen, die sich fast nur aus Vertretern der beiden ersten beiden Wählerklassen zusammensetzt, die Vorlage. Obwohl in der Debatte seitens des Magistratsvertreters mitgeteilt wurde, daß die Zustände auf den Karpfenteichwiesen gesundheitlich schädlich seien und nach einem Gutachten des Kreisphysikus namentlich die Ausbreitung von Typhus begünstigen, wurde die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit nahm statt dessen eine Resolution an, welche den Magistrat ersucht, mit der Polizeidirektion sich ins Benehmen darüber zu setzen, ob und auf welchem Wege eine Beseitigung der Mißstände auf den Karpfenteichwiesen zu erzielen sei.

Im Verlauf der Sitzung war folgender Initiativvortrag Wölme's und Genossen eingegangen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu einer gemeinsamen Eingabe an das Preussische Staatsministerium aufzufordern, in welcher dasselbe ersucht wird, für die Beibehaltung langfristiger Handelsverträge, gegen den Doppeltarif und gegen die Vertenerung unentbehrlicher Volksnahrungsmittel durch Fülle in besonderen gegen die Erhöhung der bestehenden Getreidezölle bei den bevorstehenden Verhandlungen des Bundesrats einzutreten.“

Ganz unübertrefflich erklärte der stellvertretende Vorsteher, Herr Ströher, er trage Bedenken, den Antrag, der sich seiner Meinung nach nicht mit einer Gemeinde-Angelegenheit befasse, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen; er müsse erst mit dem Vorsteher darüber Rücksprache nehmen. Die Antragsteller protestierten dagegen, und es blieb abzuwarten, ob der Vorstand bis zur nächsten Sitzung seine mit der Geschäftsordnung in Widerspruch stehende Anbahnung geändert haben wird. Es sei übrigens bemerkt, daß ein ähnlicher Antrag im Jahre 1891 von der Versammlung angenommen worden ist und daß sich damals auch der Magistrat der Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle angeschlossen hat. Ebenso hat die Versammlung zur Umsturzvorlage und zum Fleischbeschaffgesetz Stellung genommen, ohne daß von irgend einer Seite dagegen Einspruch erhoben wäre.

**Ein schwerer Unfall** beim Billardspielen ereignete sich im Restaurant „Am Anie“ zu Charlottenburg. Der Ingenieur Rudolf Etti aus der Grolmanstraße 66 benutzte sich bei einer ungünstigen Stellung weit über das Billard, schrie beim Stoß laut auf und brach zusammen, als er sich aufrichten wollte. Man trug ihn in ein Nebenzimmer und ein Arzt der Unfallstation in der Marchstraße stellte hier fest, daß er sich einen eingelassenen Leisten-

bruch zugezogen hatte. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung gebracht. Der Zustand verschlechterte sich aber so, daß eine Operation notwendig wurde. Diese wurde in der Vorortlichen Klinik in der Rankestraße ausgeführt und verlief glücklich. Der Verunglückte muß jedoch etwa 10 Wochen lang das Bett hüten.

**Wegen Brandstiftung** ist von der Charlottenburger Kriminalpolizei das 15 jährige Dienstmädchen Marie Döhmel, das bei dem Hauseigentümer Müller in der Friedbergstraße 39 in Stellung war, verhaftet worden. In vierzehn Tagen fand man in dem Hause ihres Dienstherrn wiederholt Brandherde, meistens in frühen Morgenstunden. Das Feuer wurde aber immer noch im Entstehen gelöscht. Die angebrannten Sachen waren stets mit Petroleum getränkt. Als der Verdacht auf das Mädchen fiel und dieses ernstlich zur Rede gestellt wurde, beschuldigte sie den eignen Vater der Brandstiftung. Dieser habe von ihr Geld verlangt, und als sie ihm nichts geben konnte, gedroht, das Haus anzuzünden zu wollen. Die Anklage wurde erwies sich als ganz haltlos, während die Schuld des Mädchens festgestellt wurde.

### Vermischtes.

**Mord.** Das Polizeipräsidium teilt mit: In Köln wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember gegen 2 Uhr eine Frau Christine Schrepe in ihrer Wohnung im Eulengarten Nr. 16 mit einer Kopfverletzung tot aufgefunden. Es liegt die Vermutung nahe, daß die unter süssenpolizeilicher Aufsicht stehende Frau ermordet worden ist. Auf die Ermittlung des Täters ist von dem Polizeipräsidium in Köln eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt worden. Mitteilungen sind an diesen zu richten und werden auch von der Berliner Kriminalpolizei entgegengenommen.

**Eisenbahnunfall.** Mittwochabend wurde auf der Strecke Ballendar-Heimbreitstein auf etwa 90 Meter Länge die Chaussee und die Eisenbahn durch einen Bergbruch etwa 5 bis 8 Meter hoch überschüttet. Die Aufräumungsarbeiten werden mindestens 48 Stunden in Anspruch nehmen. Diezüge müssen über die linke Rheinseite geführt werden.

**Marktpreise von Berlin am 6. Dezember 1900**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen, gut	D. Str.	—	Kartoffeln, neue, D. Str.	6—	4—
„ mittel	„	—	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—	„ do. Bauch	1,30	1—
Roggen, gut	„	—	Schweinefleisch	1,60	1,10
„ mittel	„	—	Kalbfleisch	1,80	1—
„ gering	„	—	Lammfleisch	1,60	0,90
Weizen, gut	15,40	14,60	Butter	2,80	2—
„ mittel	14,50	13,70	Fier 60 Stk.	5—	3—
„ gering	13,60	12,90	Korbsen 1 kg	2,20	1,20
Weizen, gut	16—	15,20	Kale	2,50	1,20
„ mittel	15,10	14,30	Rohweiz	2,60	1,20
„ gering	14,20	13,40	Hechte	1,80	1—
Rindfleisch	7,16	6,32	Baracke	1,60	0,80
„	7,80	5,30	Schleie	3—	1,20
„	40—	25—	Fleie	1,40	0,80
Speisekohlen	45—	25—	Kredie per Schock	12—	2,50
„	70—	30—			

f) frei Wagen und ab Bahn.  
**Produktenmarkt** vom 6. Dezember. Getreide. Der Getreide-markt behauptete heute feste Tendenz auf größere aus der Provinz eingegangene Kaufordern, auf bessere amerikanische Notierungen und auf geringe und unrentable russische Roggenofferten. Die Weizenpreise für Weizen und Roggen stellten sich durchschnittlich um 0,50 M. höher. Weizen zog Weizen mehr an, und zwar vorm 1 M. bis 1,25 M., Mai 0,75 M. Hafer war still und wenig verändert. Raps schwächte sich auf Realisationen ab.  
Spiritus. Der Locospiritus notierte 45,30 M. oder 0,10 niedriger.

**Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Dezember 1900.**  
Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Am Mittwoch, den 5. d. M., verschied nach einer schweren Operation in Berlin meine innig geliebte Frau  
**Marie Henriette Heiness geb. Tischendorf.**  
Um stille Teilnahme bittet tieftrauernd  
**Carl Heiness, Spandau, Wolfstraße 3.**  
Die Beerdigung findet Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr in Berlin von der Leichenhalle des Johannis-ewangelischen Kirchhofs in der Vorstadtstraße aus statt. 1047

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Codes-Anzeige.**  
Am 29. vor. Rd. verstarb bei der Arbeit unser langjähriges Mitglied, der Bauarbeiter  
**August Bummert.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Central-Friedhofs aus statt.  
Der Vorstand.

Am 5. d. M. verschied im Alter von 62 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schriftfeger  
**Franz Henze.**  
Um stille Beileid bitten  
**Ernestine Henze geb. Simon und Kinder.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. M., nachm. 2 Uhr, auf dem Friedhof der St. Petri-Gemeinde, Friedenstraße, statt. 14515

Am 5. d. M. verschied im Alter von 62 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schriftfeger  
**Franz Henze.**  
Um stille Beileid bitten  
**Ernestine Henze geb. Simon und Kinder.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. M., nachm. 2 Uhr, auf dem Friedhof der St. Petri-Gemeinde, Friedenstraße, statt. 14515

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin L.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 29. Novbr., verstarb plötzlich bei der Arbeit unser treuer Kollege  
**August Bummert.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. Um trage Beileidigung bittet  
**Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin IV.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Donnerstag, den 29. November, mein lieber Mann und guter Vater, der Bauarbeiter  
**August Bummert**  
plötzlich bei der Arbeit gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.  
**Die trauernde Gattin nebst Tochter.**

**Dankagung.**  
Allen Freunden und Bekannten sowie dem Herrn Chef u. den Kollegen der Piano-fabrik v. Wdr. u. Rothmann, ebenso den Mitgliedern von Tischlerverein danken wir vielmals für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unsres lieben Vaters u. Baters. Witwe Hulda Klitschmüller u. Kinder. 14906